universität innsbruck
Universitäts- und Landesbibliothek Tirol

Universitäts- und Landesbibliothek Tirol

Diplomatisches Handbuch

Sammlungen der wichtigsten europäischen Friedensschlüsse, Congreßacten und sonstigen Staatsurkunden vom Westphälischen Frieden bis auf die neueste Zeit ; mit kurzen geschichtlichen Einleitungen

Ghillany, Friedrich Wilhelm

Noerdlingen, 1855

VII. Belgien und Holland

urn:nbn:at:at-ubi:2-3938

VII.

BELGIEN UND HOLLAND.

Belgien und Holland.

Die Niederlande gehörten seit dem Vertrag zu Verdün 843, wo sie an Lothar fielen, zu Lothringen. Kaiser Otto II. theilte Lothringen in Ober- und Niederlothringen, welches letztere die Niederlande in sich faßte, und setzte beiden Theilen Herzoge vor. Unter diesen Herzogen thaten sich auch andere Dynasten als Herzoge und Grafen auf und machten sich fast völlig unabhängig; Holland, Seeland, Hennegau, Namur, Flandern ꝛc. wurden von Grafen, das eigentliche Niederlothringen oder Brabant, Luxemburg, Limburg, Geldern von Herzogen regiert; daneben umfaßte auch das Bisthum Utrecht ein ansehnliches Gebiet. Im Jahr 1383 fiel die Grafschaft Flandern an das Haus **Burgund**, welches sich in den folgenden Jahren durch Kauf, Heirath und Gewalt in den Besitz der gesammten Niederlande setzte (mit Ausnahme der Besitzungen der Bischöfe von Lüttich und Utrecht), aber mit diesen Gebietstheilen dem deutschen Kaiser lehnbar war. Mit dem Tode Karl's, des Kühnen, bei Nancy (1477) zerfiel das burgundische Reich; Frankreich zog das eigentliche Burgund, Artois und die Franche Comté als französische Mannslehen ein, die Niederlande fielen an Karl's, des Kühnen, Tochter Maria. Durch die Vermählung Maria's mit dem Erzherzog, nachmaligem Kaiser Maximilian I. (1477) kamen die Niederlande an **Oestreich**. Maximilian hatte von der burgundischen Maria, welche schon 1482 starb, zwei Kinder, Philipp und Margarethe. Philipp I. trat 1493 die Regierung der Niederlande an, vermählte sich 1499 mit Johanna (der Tochter Ferdinand's, des Katholischen, von Arragonien und Isabella's von Castilien), starb 1506 und hinterließ einen Sohn Karl, den nachmaligen Kaiser Karl V. Die Vormundschaft über den jungen Karl führte seine Tante Margarethe, die mit dem Infanten Johann, dem muthmaßlichen Thronerben Spanien's, vermählt gewesen war, welcher 1500 kinderlos starb. Der junge Karl (geb. 1500) folgte seinem mütterlichen Großvater 1516 als König von Spanien und Neapel unter dem Namen Karl I.; die Regierung in den

Niederlanden hatte er 1515 als Karl II. angetreten, überließ ſie aber ſeiner Tante Margarethe als Statthalterin; nach dem Tode ſeines Großvaters Maximilian 1519 wurde er als Karl V. zum deutſchen Kaiſer gewählt. Karl erwarb durch Kauf die weltlichen Rechte des Bisthums Utrecht, das Herzogthum Geldern ꝛc. und vereinigte 1548 durch die pragmatiſche Sanction alle 17 Provinzen (ſeit 1512 unter dem Namen des burgundiſchen Kreiſes zum deutſchen Reiche gehörig) auf ewig unzertrennt, erblich nach dem Rechte der Erſtgeburt, mit **Spanien.** Dieſe 17 Provinzen waren: Brabant, Limburg, Luxemburg, Flandern, Geldern, Holland, Hennegau, Artois, Namour, Mecheln, Utrecht, Friesland, Zütphen, Oberyſſel, Drenthe, Gröningen, Zeeland. Als die Statthalterin Margarethe 1530 geſtorben war, ſetzte Karl ſeine Schweſter Maria an ihre Stelle, 1555 übergab er die Regierung der Niederlande ſeinem Sohne Philipp II. Dieſer verließ 1559 die Niederlande für immer und bekleidete anfangs den Herzog Philibert von Savoyen, und als dieſer die Regierung von Savoyen antrat, Karl's V. natürliche Tochter, die Herzogin Margarethe von Parma, unter Beirath des Cardinal's Granvella, Erzbiſchofs von Mecheln, mit der Statthalterſchaft. Am 4. Nov. 1565 begann die niederländiſche Revolution gegen die ſpaniſche Herrſchaft mit dem ſogenannten Compromiß, einem Bunde des niederländiſchen Adels (Geuſen), der zunächſt gegen die Inquiſition gerichtet war. Als die Statthalterin jetzt die religiöſen Edikte milderte, brachen die Proteſtanten los und zerſtörten viele katholiſche Kirchen, worauf wieder die alte grauſame Härte folgte mit Hinrichtung der Proteſtanten und Verwüſtung ihrer Kirchen. Im Jahr 1567 rückte Alba mit 10,000 Spaniern in das Land, in demſelben Jahre legt Margarethe ihr Amt nieder und reiſte ab, das Inquiſitionsgericht in Spanien hatte die ganze niederländiſche Nation der beleidigten Majeſtät für ſchuldig, dem Tode verfallen, ihrer Güter verluſtig erklärt; Alba ließ in den 6 Jahren ſeiner Regierung 18,000 Menſchen hinrichten; die eingezogenen Güter brachten dem König von Spanien jährlich 20 Millionen Thaler ein. Alba bekleidete die Statthalterſchaft bis 1573. Im Jahr 1568 beginnt Wilhelm von Oranien, früher königlicher Statthalter von Holland, Zeeland und Utrecht, jetzt geächtet, mit einer aus Niederländern und Deutſchen beſtehenden Armee den offenen Kampf gegen die ſpaniſche Herrſchaft, die Provinzen von Holland, Zeeland und Utrecht erklären ihn auf der Verſammlung zu Dortrecht am 15. Juli 1572 wieder zu ihrem königlichen Statthalter und legen damit den erſten Grund zur Bildung der Generalſtaaten; von jetzt an gewinnt der Aufſtand eine regelmäßige Geſtalt und die Form eines rechtmäßigen Krieges; Alba fordert 1573 ſeine Entlaſſung und wird durch den Statthalter von Mailand Louis von Requeſenz y Zuniga erſetzt; 1575 bieten die verbündeten Provinzen England, 1576 Frankreich ihre Unterwerfung an; beide Regierungen geben ausweichende Antworten; 1576

ſtirbt Requeſenz und die ſpaniſchen Truppen empören ſich wegen rückſtändigen Soldes, worauf ſich in der Genter Pacification (1576) den ſieben nördlichen Provinzen auch noch Brabant, Flandern, Lille, Valenciennes, Douai, Hennegau, Namur, Orchies, Mecheln und Utrecht, im Jahr 1578 auch Gröningen und Friesland zur Vertreibung der Spanier anſchließen. Jetzt nimmt die Königin Eliſabeth von England offen Partei für die Niederländer. An Requeſenz Stelle wird 1576 Don Juan d'Auſtria, Philipp's II. Bruder, Generalſtatthalter der Niederlande, dagegen wählen die brabanter Stände den Wilhelm von Oranien, der brabanter Adel (weil Wilhelm proteſtantiſch war) den Erzherzog Matthias, nachmaligen Kaiſer, Philipp's II. Neffen. Stände und Adel von Brabant vereinigen ſich dahin, daß Wilhelm dem Matthias als Verweſer beigegeben wird; neben beiden behauptet ſich Juan d'Auſtria in Luxemburg und Namur. Im Jahr 1578 bewilligt die engliſche Königin Eliſabeth 6000 Mann Hülfstruppen und eine Anleihe; es kommt aber unter den Niederländern ſelbſt zu einem Religionskrieg, da ſich die Calviniſten Uebergriffe erlauben und katholiſche Obrigkeiten verjagen, worauf ſich unter den Katholiken die Partei der Malcontenten bildet. In demſelben Jahre 1578 ſtirbt Juan d'Auſtria, es folgt ihm Alexander Farneſe, Herzog von Parma, der mit ſpaniſchen und deutſchen Truppen erſchienen war, als ſpaniſcher Oberſtatthalter. Dieſer ſucht den Kampf der Proteſtanten und Katholiken zu nähren; 1579 am 5. Jan. ſchließen die Provinzen Artois, Douai und Hennegau ein Bündniß, die Freiheit zwar aufrecht zu erhalten, aber die proteſtantiſche Religion nicht zu dulden; dagegen gründet Wilhelm von Oranien am 23. Jan. 1579 die utrechter Union für die Erhaltung der alten Freiheiten und Erringung der Religionsfreiheit; dieſe Union bringt die Provinzen Geldern, Holland, Seeland, Utrecht, Ober-Yſſel, Friesland, Gröningen und Drenthe in ſehr nahe Verbindung und bildet das Fundamentalgeſetz des nachherigen Staates der ſieben vereinigten Provinzen, der von Holland, der bedeutendſten dieſer Provinzen, auch ſchlechthin Holland genannt wurde; Drenthe war nicht ſtimmfähig und zählte daher nicht mit. Jetzt ſchließen die katholiſchen Provinzen (Sept. 1579) mit den Spaniern den Vergleich zu Mons und vereinigen ihre Truppen mit den ſpaniſchen; dagegen ſichern ſich die proteſtantiſchen den Beiſtand Frankreichs, mit dem ſie am 19. Sept. 1580 den Vertrag von Pleſſis le Tour ſchließen, der am 21. Jan. 1581 von beiden Theilen zu Bourdeaux beſchworen wird. Nach dieſem Vertrage wird der Herzog von Anjou, unter der Bedingung, daß er die Religionsfreiheit und die alten Rechte aufrecht erhalte und den Krieg gegen Spanien auf eigene Koſten, jedoch von niederländiſchen Hülfsgeldern unterſtützt, führe, erblicher Oberſtatthalter; Erzherzog Matthias legt ſeine Würde jetzt nieder und kehrt nach Deutſchland zurück; die Provinzen Holland, Seeland, Friesland, Flandern, Brabant

und Geldern mit Zütphen aber erklären am 26. Mai 1581, daß der König Philipp II. aufgehört habe, im Beſitze der Niederlande zu ſein. Am 19. Febr. 1582 wird dem Herzog Franz von Anjou zu Antwerpen als Herzog von Brabant gehuldigt; die Provinzen Holland, Zeeland und Utrecht jedoch erkennen den Prinzen Wilhelm von Oranien als ihren Regenten an. Anjou, mit dem die Niederländer ſehr unzufrieden waren, kehrte ſchon 1584 (nach Vertrag vom 28. Juni) wieder nach Frankreich zurück. Wilhelm von Oranien wird am 10. Juli 1584 zu Delft von Gerard erſchoſſen und die Stände von Holland übertragen ſeinem zweiten Sohne, dem Grafen Moritz von Naſſau-Oranien, 1584 die oberſte Leitung des Staatsrathes, im November 1585 die Statthalterſchaft von Holland und Zeeland; Oberſtatthalter wird Graf Leiceſter, der im November 1585 mit engliſchen Hülfstruppen angekommen war. Als Leiceſter im Dezember 1587 ſeine Oberſtatthalterſchaft niederlegt, wird Moritz von Naſſau-Oranien auch Statthalter zu Utrecht, Geldern und Oberyſſel. Die Statthalter waren mit der executiven Gewalt der Provinzen bekeidet. Jede Provinz nämlich hatte ihre aus Abgeordneten des Adels und der Städte beſtehenden Stände, welche die Regierung führten und an ihre Spitze einen Präſidenten ſtellten, welcher Penſionär, Syndicus oder Advocat hieß. Die Executive wurde von jeder einzelnen Provinz oder von einigen Verbündeten zuſammen einem Statthalter übertragen. Aus ihrer Mitte ſandten die vermöge der utrechter Union vereinigten ſieben Provinzen je einen lebenslänglichen Abgeordneten zu einer gemeinſamen Oberbehörde, den Generalſtaaten, deren executive Gewalt einem General-Statthalter übertragen war. Die innere Verwaltung der Provinzen hatten die Provinzialſtände, welche aus dem Adel und den ſtädtiſchen Magiſtraten zuſammengeſetzt waren; die Generalſtaaten (ſeit 1593 ſaßen ſie faſt immerwährend in Haag) hatten es vornehmlich mit dem Krieg und den auswärtigen Verhältniſſen zu thun. Die Statthalter wurden gewöhnlich aus dem um jene Provinzen verdienten Hauſe Naſſau gewählt. — Nach Alexander Farneſe's Tod (1592) wird für die Niederlande der Graf Peter Ernſt von Mansfeld zum ſpaniſchen Statthalter ernannt, aber ſchon 1594 durch den Erzherzog Ernſt abgelöſt; dieſer ſtirbt 1596 und wird durch Fuentes erſetzt. In demſelben Jahre 1596 ſchließen die Niederlande eine Allianz mit König Heinrich IV. von Frankreich, zerſtören, im Verein mit der engliſchen Flotte, die ſpaniſche und nehmen Cadix; das Bündniß mit Frankreich löſt ſich jedoch ſchon 1598, wo Frankreich mit Spanien zu Vervins Frieden ſchließt. Im Jahr 1598 endlich hört das ſpaniſche Regiment auf, da Philipp II. die Niederlande ſeiner Tochter Iſabella Klara Eugenia abtritt, die ſich mit dem Erzherzog Albert vermählt; doch dauert der Krieg der Spanier fort. Der ſpaniſche König Philipp II. ſtirbt in demſelben Jahre (3. Sept. 1598) und es folgt ihm ſein Sohn Philipp III. Da dieſer den Niederländern den Handel in Spanien unterſagt und ihre Schiffe confiſcirt, ſo nehmen ſie viele ſpaniſche Colonien

weg und gründen am 20. März 1602 die oſtindiſch-holländiſche Handelsgeſellſchaft. Oſtende dagegen muß ſich nach dreijähriger hartnäckiger Vertheidigung am 2. Sept. 1604 an den ſpaniſchen General Spinola ergeben. Endlich kommt im April 1607 zwiſchen den Niederlanden und Spanien ein Waffenſtillſtand vorläufig auf 8 Monate, dann, nachdem derſelbe wiederholt erneuert worden, am 9. April 1609 auf zwölf Jahre zu Stande; derſelbe erkennt jedoch die Unabhängigkeit der Niederlande von Spanien noch nicht an, obgleich die Generalſtaaten mit anderen Mächten, wie ein völlig unabhängiger Staat, Bündniſſe ſchließen. Nachdem der Krieg aufgehört, beginnen in den Generalſtaaten die Zwiſtigkeiten zwiſchen den Patrioten, welche eine republikaniſche Regierung ohne Fürſten, und den Orangiſten, welche den Prinzen Moritz von Naſſau als erblichen, wenn auch in der Gewalt beſchränkten Regenten an die Spitze des Staates geſtellt wiſſen wollen, und die Kämpfe der religiöſen Parteien, der Arminianer und Gomariſten. Den Arminianismus verurtheilte die Synode von Dortrecht (1619). Im Jahr 1621 ſterben der König Philipp III. von Spanien und der Erzherzog Albert; ſeine Gemahlin Eugenie geht in ein Kloſter; in demſelben Jahre lauft auch der Waffenſtillſtand ab. Philipp IV. beginnt den Krieg durch ſeinen General Spinola von Neuem; die Generalſtaaten nahmen den Herzog Chriſtian von Braunſchweig und den Grafen Ernſt von Mansfeld in ihre Dienſte. Moritz von Naſſau-Oranien ſtirbt 1625 in Haag, ohne eheliche Nachkommen zu hinterlaſſen; in Holland, Zeeland, Utrecht, Geldern und Oberyſſel folgt ihm als Statthalter ſein Bruder Friedrich Heinrich von Naſſau-Oranien, in Gröningen und Drenthe aber der Statthalter von Friesland Ernſt Kaſimir von Naſſau-Dietz, und als dieſer 1632 bei der Belagerung von Roermonde um's Leben gekommen, deſſen Sohn Heinrich Kaſimir. Als die Wittwe Eugenie 1633 mit Tod abgeht, ſollen die geſammten Niederlande nach den ſpaniſchen Verträgen wieder an Spanien zurückfallen; König Philipp IV. ſendet 1634 ſeinen Bruder, den Cardinal-Infanten Ferdinand mit einem Heere als Oberſtatthalter; in derſelben Zeit bereitete aber eine Verſchwörung in den katholiſchen Provinzen einen Abfall von Spanien und Anſchluß an das Bündniß der Generalſtaaten vor; letztere ſchließen ein neues Bündniß mit Frankreich auf ſieben Jahre, worauf die Franzoſen den Krieg gegen die Spanier in den katholiſchen Provinzen beginnen. Der Statthalter Friedrich Heinrich ſtirbt 1647, und es folgt ihm ſein zweiter Sohn Wilhelm II. 1648; in den katholiſchen Niederlanden waren auf den Infanten Ferdinand 1641 Franzesco de Melo, 1644 Caſtel Rodrigo, 1648 der Erzherzog Leopold Wilhelm als ſpaniſche Oberſtatthalter gefolgt. Endlich kommt auf dem weſtphäliſchen Friedenscongreß am 30. Juni 1648 auch der definitive Friede zwiſchen den Niederlanden und Spanien zu Stande. Deutſchland ließ in dieſem Frieden ſeine Anſprüche auf Niederland, als zum burgundiſchen Kreis gehörig, fallen.

Die südlichen, katholiſchen Provinzen mit der Hauptſtadt Brüſſel blieben, wie bisher, im Beſitze Spanien's. Die ſieben vereinigten nördlichen Provinzen mit Drenthe wurden von Spanien als unabhängiger Staat anerkannt; ſie blieben auch im Beſitz der den Spaniern abgenommenen Colonien in Oſt- und Weſtindien und behielten ſogar die Gebietstheile der ſpaniſchen Niederlande, welche ſie inne hatten, nämlich Mäſtricht in Brabant, die größere Hälfte der Provinz Limburg, mehrere Ortſchaften in Flandern, Breda und einige andere Orte.

Nach dem achtzigjährigen Kampfe zwiſchen den Niederländern und Spaniern erſcheinen alſo die **Niederlande** in **zwei völlig geſchiedene** und als ſolche auch von der geſammten europäiſchen Politik behandelte **Staaten** getheilt. Den einen dieſer Staaten bilden die oben genannten ſieben nördlichen Provinzen, welche von ihrer gemeinſamen Centralſtelle, die ſie gegen Außen vertritt, auch **Generalſtaaten,** oder von der bedeutendſten und mächtigſten Provinz **Holland** heißen. Sie ſind überwiegend proteſtantiſch; an ihrer Spitze ſteht, jedoch mit Unterbrechungen, ein gewählter Generalſtatthalter aus dem Hauſe Naſſau-Oranien, der mit Wilhelm III. erblich wird. Den zweiten Staat bilden die katholiſchen ſüdlichen Provinzen (Brabant, Flandern, Luxemburg, Namur, Hennegau). Dieſer Staat iſt nicht unabhängig, ſondern gehört zu Spanien und wird durch ſpaniſche Statthalter regiert. Bei der zunehmenden Schwäche der ſpaniſchen Monarchie iſt er häufigen Anfällen der franzöſiſchen Eroberungsſucht ausgeſetzt. Als die Habsburger auf dem ſpaniſchen Thron ausſterben, kommen 1715 dieſe **ſpaniſchen Niederlande** (der Name **Belgien** kommt erſt 1790 wieder in Gebrauch) an Oeſtreich. Es wird nöthig ſein, daß wir die wichtigſten Regierungsveränderungen in beiden Staaten getrennt andeuten.

Holland entwickelt ſich in dem jetzt folgenden Zeitraum zu hoher Blüthe und wird ſogar der Mittelpunkt der diplomatiſchen Verhandlungen Europa's. Der Statthalter Wilhelm II. von Naſſau-Oranien, welcher nach ſouveräner Herrſchaft ſtrebte und deßhalb mit den Ständen zerfiel, ſtarb 1650; die ſogenannte „große Verſammlung" der Generalſtaaten (1651) ernannte keinen Statthalter mehr, ſondern übertrug die oberſte Leitung der Kriegsangelegenheiten einem Staatsrath; 1654 wurde das Haus Oranien auf Betrieb Cromwell's, da es mit dem engliſchen Hauſe nahe verwandt ſei, von jedem Antheil an der Regierung förmlich ausgeſchloſſen, worauf ſodann der Friede mit England zu Stande kam; doch hielt ſich das Haus Oranien in Friesland und Gröningen. Als Karl II. in England zur Regierung kam, erklärte er den Generalſtaaten den Krieg; auch der Biſchof von Münſter fiel, angeblich zu Gunſten des Hauſes Oranien, in ihr Gebiet ein, worauf die Republik den jungen Wilhelm von Oranien, Sohn Wilhelm's II., wieder als Kind des Staates anerkannte; mit dem Biſchof von Münſter wurde 1666, mit England zu Breda 1667 Friede geſchloſſen. Im Jahr 1670 entwarf

Ludwig XIV. mit Karl II. von England den geheimen Plan, die gesammten Niederlande zu theilen, beide erklärten im Vereine mit dem Kurfürsten von Köln und dem Bischof von Münster der Republik den Krieg; die Generalstaaten erwählten jetzt den Prinzen **Wilhelm** von Nassau-Oranien zum Generalcapitän und Oberadmiral, die beiden bisherigen Hauptlenker der Republik, die Brüder Johann und Cornelius de Witt, ersterer Großpensionär, letzterer Bürgermeister von Dortrecht, Gegner der Oranier, wurden 1672 in einem Aufstand ermordet und Wilhelm III. von Nassau-Oranien zum Statthalter von Holland, Zeeland, Geldern, Oberyssel und Utrecht erklärt; in Friesland und Gröningen blieb der bisherige Statthalter Johann Casimir von Nassau-Dietz. Im Jahr 1674 ertheilten die Stände obiger Provinzen dem Prinzen **Wilhelm** III. die Würde eines **Statthalters,** Generalcapitäns und Generaladmirals **erblich** für seine männlichen Nachkommen; Geldern bot ihm die volle Landeshoheit und Herzogswürde an, was aber Widerstand fand. Wenige Jahre darauf (1677) vermählte sich Wilhelm III. mit der englischen Prinzessin Maria, Tochter des Herzogs v. York und nachmaligen Königs Jacob II. von England, was ihm elf Jahre später die Krone von England verschaffte; denn von den Engländern gerufen, landete er mit einem holländischen Heere 1688 an der englischen Küste, und am 23. Febr. 1689 wurde Jacob II. für entthront, Wilhelm's Gemahlin Maria zur Königin, er selbst zum König von England erklärt. Wilhelm III. bestieg jetzt den englischen Thron, blieb aber auch Generalstatthalter in den fünf westlichen Provinzen der Generalstaaten; in Gröningen, Friesland und Drenthe dagegen war auf den Fürsten Heinrich Kasimir der Fürst Johann Wilhelm Friso von Nassau-Dietz gefolgt. Als Wilhelm III. am 19. März 1702 kinderlos starb, bemühte sich der Fürst Johann Wilhelm Friso, auch die Statthalterschaft in den fünf westlichen Provinzen zu erhalten, was Wilhelm III. selbst bei seinen Lebzeiten gewünscht hatte; allein die Stände gaben es nicht zu, schafften die Statthalterschaft ganz ab und übertrugen die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten einem Groß- oder Rathspensionär (damals Heinsius bis 1720). Wilhelm III. hatte in seinem Testament seinen Vetter, den Prinzen Johann Wilhelm Friso von Nassau-Dietz zum alleinigen Erben eingesetzt, er war der nächste Agnat des Königs, da er in directer Linie von dem jüngeren Bruder Wilhelm's I. abstammte. Dagegen machten auch die Fürsten von Nassau-Siegen und ganz besonders der König von Preußen Friedrich I. Ansprüche auf die deutschen Besitzungen (Mörs und Lingen) des oranischen Hauses und auf das Fürstenthum Oranien selbst, letzterer, weil sein mütterlicher Großvater, der Prinz Friedrich Heinrich von Oranien in seinem Testament bestimmt hatte, daß für den Fall des Aussterbens der Linie seines Vaters, Wilhelm's II., die Linie seiner Tochter Luise (Mutter des Königs von Preußen) folgen sollte. Der deutsche Kaiser und Frankreich entschieden sich für Preußen, welches sodann im utrechter

Frieden 1713 das Fürſtenthum Oranien an Frankreich abtrat. Der Fürſt Johann Wilhelm Friſo von **Naſſau-Dietz** proteſtirte ohne Erfolg, **nahm** aber jetzt wenigſtens den **Titel** von **Naſſau-Oranien** an, den das Haus noch jetzt führt*); er ertrank den 14. Juli 1712. Sein erſt nach dem Tode des Vaters, am 1. Sept. 1712 geborener Sohn Wilhelm Karl Heinrich Friſo, Erbſtatthalter von Friesland, wurde unter dem Namen Wilhelm als ein ſiebenjähriger Knabe 1718 zum Statthalter von Gröningen, 1722 zum Statthalter von Drenthe und Geldern gewählt, und verſtärkte die Macht der oraniſchen Partei in den Generalſtaaten durch ſeine 1733 vollzogene Verheirathung mit der Tochter des engliſchen Königs Georg II. Seine Partei benützte die Kriegsverhältniſſe mit Frankreich, um dem Volke die Nothwendigkeit darzuthun, in dem Prinzen Wilhelm dem Hauſe Oranien wieder die Generalſtatthalterwürde zu übertragen, und ſo wurde dieſer Wilhelm IV. nach und nach auch in den übrigen Provinzen zum Statthalter, Generalcapitän und Generaladmiral ernannt, und 1748 wurde die **Generalſtatthalterwürde** der ſieben Provinzen in dem **Hauſe Wilhelm's** IV. in männlicher und weiblicher Linie für **erblich** erklärt; 1749 wurde derſelben auch die Verwaltung der im weſtphäliſchen Frieden von den ſpaniſchen Niederlanden den Generalſtaaten abgetretenen Theile Flanderns und Brabants (der ſogenannten Generalitätslande) zugeſprochen, ebenſo das Directorium der weſtindiſchen und oſtindiſchen Handelscompagnie. Wilhelm IV., der auch ſämmtliche vier Landestheile des naſſau-ottoniſchen Stammes, Hadamar, Siegen, Dillenburg und Dietz, an ſeine, die dietz'ſche Linie gebracht hatte, ſtarb 1751. Sein erſt dreijähriger Sohn Wilhelm V. ſtand anfangs unter der Vormundſchaft ſeiner Mutter Anna, die 1759 ſtarb, von da an unter der Vormundſchaft der Generalſtaaten ſelbſt, trat 1766 die Regierung an und vermählte ſich in demſelben Jahre mit der Prinzeſſin Friederike Sophie Wilhelmine von Preußen, Schweſter des nachmaligen Königs Friedrich Wilhelm II. Seine Mutter hatte ſich als Vormünderin den Prinzen Ludwig von Braunſchweig-Wolfenbüttel zum Beiſtand erwählt, der auch bei der Großjährigkeit des Erbſtatthalters ſeinen Einfluß behielt, aber im Lande, namentlich durch ſeine Begünſtigung der engliſchen Intereſſen, viel Unzufriedenheit erregte. Das Beſtreben der Holländer, die Erbſtatthalterſchaft wieder ganz abzuſchaffen, führte 1787 ein Einrücken der Preußen herbei, worauf am 3. Juli 1788 die Rechte des Erbſtatthalters von allen Provinzen wieder anerkannt und für ein Grund-

*) Das Fürſtenthum Oranien, im jetzigen franzöſiſchen Departement Vaucluſe, ſo genannt von dem Städtchen Orange, gehörte bis 1530 dem Hauſe Chalons Oranien. Als in dieſem Jahre der Fürſt Philibert kinderlos ſtarb, kam das Fürſtenthum an ſeine Schweſter Luiſe, die mit dem Grafen Renatus von Naſſau-Dillenburg vermählt war, und auf dieſe Weiſe an das Haus Naſſau.

geſetz der Republik erklärt wurden. Als aber die franzöſiſche Republik am 1. Febr. 1793 dem Erbſtatthalter den Krieg erklärt hatte und die Franzoſen im folgenden Jahre des Landes Meiſter geworden waren, legte Wilhelm V. für ſich und ſeine Söhne ſeine bisherigen Aemter nieder und ging nach England, wo ihm Hamptoncourt zum Wohnſitz eingeräumt wurde. Eine Verſammlung von Volksdeputirten erklärte am 26. Jan. 1795 die Erbſtatthalterwürde für aufgehoben und das Land zur **bataviſchen Republik.** Die ſieben Provinzen wurden in Departements verwandelt, ihre einzelnen Verfaſſungen aufgehoben; eine Geſammtverfaſſung wurde eingeführt, an die Stelle der Generalſtaaten trat eine Nationalverſammlung: franzöſiſche Einrichtungen, womit die Einwohner ganz und gar nicht zufrieden waren. Je nach den Veränderungen in der Verfaſſung der Franzoſen erhielt auch die bataviſche Verfaſſung ihre Abänderungen. Die Verbindung mit Frankreich führte ungeheuere Ausgaben und Laſten und den Verluſt vieler Colonien an die Engländer herbei, ſo namentlich den des Caps der guten Hoffnung (1795). Als Napoleon 1804 Kaiſer geworden war, gab er der Republik eine mehr monarchiſche Verfaſſung und am 8. Juni 1806 ſetzte er ſeinen Bruder **Ludwig** zum erblichen, conſtitutionellen **König** ein, wobei er erklärte, daß Holland ein unabhängiger Staat bleiben und niemals mit Frankreich vereinigt werden ſollte; freilich aber blieb ſein Bruder Ludwig, ſo gerne dieſer auch im Intereſſe ſeines Landes ſelbſtſtändig gehandelt hätte, in völliger Abhängigkeit von der Politik des Kaiſers. Als das Widerſtreben Ludwigs gegen die Holland ſo nachtheiligen Verfügungen des Kaiſers, namentlich gegen die Continentalſperre, völlig ohne Erfolg blieb und die Spannung zwiſchen ihm und Napoleon immer drohender wurde, legte Ludwig am 1. Juli 1810 zu Gunſten ſeines älteſten Sohnes ſeine Krone nieder und ging als Privatmann nach Gratz in Oeſtreich; Holland aber wurde jetzt **dem franzöſiſchen Reiche völlig einverleibt;** alle Staatseinrichtungen, Gerichtshöfe und Verwaltungsbehörden wurden auf franzöſiſchen Fuß geſetzt, die Conſcription wurde eingeführt und das Continentalſyſtem mit der äußerſten Strenge aufrecht erhalten. In dieſem Verhältniß blieb Holland bis zum November 1813. Am 20. Nov. 1813 erließ General Bülow, der mit einem preußiſch-ruſſiſchen Armeecorps gegen die Niederlande anrückte, eine Aufforderung an Holland zum Anſchluß an die Alliirten, worauf ſich die Holländer erhoben und den Grafen Hogendorp und Baron van der Duyn van Maasdam an die Spitze der nationalen Bewegung ſtellten, welche auch ſogleich die Farben des Hauſes Naſſau-Oranien aufſteckten. Es bildete ſich eine proviſoriſche Regierung; der Prinz Wilhelm von Oranien, Sohn des 1806 zu Braunſchweig verſtorbenen Erbſtatthalters Wilhelm V., der bisher in Preußen gelebt hatte, ſich aber gerade in England aufhielt, um die Intereſſen ſeines Hauſes zu vertreten, wurde herbeigeholt und landete am 29. Nov. 1813 in Scheveningen. Das Volk empfing ihn mit dem größten Enthuſiasmus; die am 2. Dez. in

Amsterdam von den Commissarien des provisorischen Gouvernements von Holland erlassene Proclamation erklärte ihn „für den souveränen Fürsten dieses freien Landes." Die Truppen der Verbündeten im Verein mit den holländischen Freiwilligen hatten die Franzosen bald völlig aus dem Lande gedrängt; am 29. März 1814 wurde die neue Verfassung von König und Volk angenommen; ein mit England am 29. Okt. 1814 geschlossener Staatsvertrag stellte die von England den Holländern genommenen Colonien, wie sie Holland im Jahr 1794 besessen hatte, zurück, mit Ausnahme des Cap's der guten Hoffnung, Demerary's, Essequebo's und Berbice's, wogegen Holland auf dem Festlande durch Belgien ansehnlich entschädigt werden sollte. Durch den wiener Congreß wurden Belgien und Lüttich mit Holland vereinigt, der Fürst Wilhelm als Wilhelm I. zum König der Niederlande und Großherzog von Luxemburg erhoben, und am 16. März 1815 als solcher in Haag ausgerufen. Seine Stammländer in Deutschland trat der König gegen den Besitz von Luxemburg an Preußen ab.

Die **spanischen Niederlande (Belgien)** blieben nach dem westphälischen Frieden spanisches Eigenthum und wurden auch ferner durch spanische Statthalter regiert. Der Erzherzog Leopold Wilhelm, der die Statthalterwürde seit 1648 bekleidet hatte, übergab dieselbe 1656 an Don Juan d'Austria, den natürlichen Sohn des spanischen Königs Philipp IV. Im pyrenäischen Frieden (1659) mußte Philipp IV. an Frankreich die Grafschaft Artois, Gravelines, Landrecy, Thionville u. a. von den Niederlanden abtreten. Fortan folgen beständige Angriffe des eroberungssüchtigen Ludwig's XIV. Nach dem Tode des Königs Philipp IV. will Ludwig XIV. angebliche Rechte, die er sich durch seine Verheirathung mit einer spanischen Prinzessin auf die spanische Monarchie erworben, zur Geltung bringen und beginnt den sogenannten Devolutionskrieg; es müssen ihm auch wirklich im Vertrag von Sct. Germain en Laye (23. Jan. 1668) und im Frieden von Achen (2. Mai 1668) Lille, Charleroi, Courtray ꝛc. abgetreten werden; im nymweger Frieden gibt er einige dieser Plätze wieder heraus, erhält aber dafür andere, wie Valencienne, Cambray, Condé ꝛc. Im Jahr 1691 wurde der Kurfürst Maximilian von Bayern Statthalter der spanischen Niederlande. Der Sohn des Kurfürsten Joseph Ferdinand war von dem kinderlosen Karl II., König von Spanien, zum Erben der spanischen Monarchie eingesetzt, starb aber plötzlich (1699). Ludwig XIV. wußte den Kurfürsten zu gewinnen, und als Karl II., in dessen Testament jetzt Ludwig's Enkel Philipp von Anjou zum Erben eingesetzt war, 1700 starb, öffnete der Statthalter den französischen Truppen die Festungen des Landes; doch behauptete Ludwig im utrechter Frieden 1713 neben der spanischen Krone für seinen Enkel, nicht auch die spanischen Niederlande; diese mußten an **Oestreich abgetreten** werden, das wiederum in einigen festen Plätzen des Landes den Holländern das Besatzungsrecht einräumte (Barrieretractat). Die von jetzt an

öſtreichiſchen Niederlande blieben bei Oeſtreich von 1713 bis 1794. Oeſtreich ließ die Einrichtungen des Landes, wie bisher, fortbeſtehen und daſſelbe gleichfalls durch Statthalter regieren. Der erſte war Prinz Eugen von Savoyen, ihm folgte Maria Eliſabeth, die Schweſter Kaiſer Karl's VI., dann Prinz Karl von Lothringen, der Schwager Maria Thereſia's, unter welchem im öſtreichiſchen Erbfolgekrieg die Franzoſen das ganze Land eroberten, aber im Frieden von Achen 1748 wieder herausgaben. Karl von Lothringen, der ſehr Viel für die Hebung der Niederlande that, ſtarb 1780; es folgte ihm Maria Chriſtina, die Schweſter des Kaiſers Joſeph II., in Verbindung mit ihrem Gemahl, dem Herzog von Sachſen-Teſchen. Kaiſer Joſeph II. hob 1781 den Barrieretractat auf, die Holländer zogen ihre Truppen aus den Feſtungen zurück; auch verlangte er von den Holländern die Herſtellung der Grenzen nach dem Vertrag von 1664, die durch den weſtphäliſchen Frieden beſtimmte Schleifung einiger Feſtungen, die Abtretung mehrerer Gebietstheile und die Entfernung des vor Lillo liegenden Wachtſchiffes. Der Streit wurde durch den Vertrag von Paris (20. Sept. 1785) dahin verglichen, daß die Grenzen nach dem Vertrag von 1664 regulirt wurden, Oeſtreich Alt-Lillo und Liefskenhöck und 10 Millionen Gulden von Holland erhielt, aber auf die freie Scheldeſchifffahrt verzichtete. Der Verſuch Joſeph's II., die öſtreichiſchen Niederlande an den bayriſchen Kurfürſten Karl Theodor als Königreich (jedoch ohne Namur und Luxemburg) gegen Bayern zu vertauſchen (1785), ſcheiterte an der Oppoſition des Königs von Preußen Friedrich's II., welcher der Proteſtation des Herzogs von Zweibrücken und der bayriſchen Stände nöthigen Falls mit den Waffen Nachdruck zu geben bereit war. Joſeph II. dehnte ſeine Reformen auch auf die Niederlande aus, verbot die Proceſſionen und Wallfahrten und zog Klöſter ein; die bürgerliche Regierung änderte er nach öſtreichiſchen Formen um, hob den permanenten Ausſchuß der Stände auf und theilte das Land in neun Kreiſe (Brüſſel, Antwerpen, Gent, Brügge, Luxemburg, Limburg, Namur, Tournay, Mons). Durch ſeine Reformen verletzte er viele Privilegien; einzelnen Provinzen aber waren ihre Rechte in dem jedesmaligen Beſtätigungsbrief, der ſogenannten Joyeuse entrée, mit dem Beiſatz zugeſichert, daß ſie, im Falle der Regent die Privilegien verletzte, zu fernerem Gehorſam nicht verbunden ſeien. Anfangs verweigerte man die Abgaben, bald aber brach die allgemeine Unzufriedenheit in offenen Aufſtand aus, zunächſt in Brabant, wo man die brabanter ſchwarz-roth-gelbe Fahne aufpflanzte. Die Oberſtatthalterwürde bekleidete damals der Herzog Albert von Sachſen-Teſchen; er billigte die Maßregeln Joſeph's nicht; der Vollſtrecker des kaiſerlichen Willens war der kaiſerliche Miniſter Graf v. Belgiojoſo. Im Jahr 1788 hob Kaiſer Joſeph die ſeinen Neuerungen ſich hartnäckig widerſetzende ultramontane Univerſität Löwen auf, im Jahr 1789 die Joyeuse entrée, in demſelben Jahre bildete ſich aber auch aus den Ausgewanderten unter van der Noot ein revolutionäres Armeecorps, das vom holländiſchen

Gebiet aus einfiel, der Oberſtatthalter mußte aus Brüſſel fliehen, die Regierung und die öſtreichiſchen Truppen zogen ſich nach Luxemburg zurück, ſämmtliche Provinzen, mit Ausnahme Luxemburgs, erklärten ſich für unabhängig und gründeten unter dem Namen **vereintes Belgien** am 11. Jan. 1790 einen eigenen Staat, der von einem Congreß regiert wurde. Kaiſer Joſeph ſtarb am 20. Febr. 1790; ſein Bruder und Nachfolger Leopold II. verſprach in einer Proclamation vom 3. März 1790, Alles wieder auf den alten Fuß zu ſtellen und die Privilegien anzuerkennen. Die Aufſtändiſchen, die ſich indeſſen in eine ariſtokratiſche Partei, welche die alte Verfaſſung, und in eine demokratiſche, welche eine Verfaſſung nach Art der neuen franzöſiſchen verlangte, getheilt hatten, wieſen ſeine Vorſchläge zurück. Jetzt nahmen 30,000 Mann Oeſtreicher unter General Bender mit Gewalt von dem Lande Beſitz, worauf ſodann Leopold die Rechte bewilligte, wie ſie am Ende der Regierung der Kaiſerin Maria Thereſia beſtanden hatten, und der Herzog Albert von Sachſen-Teſchen ſeine Statthalterwürde wieder antrat. Schon 1792 brachen die Franzoſen in das Land, brachten daſſelbe im Jahr 1794 vollſtändig in ihre Gewalt und machten eine **Republik Belgien** daraus. Im Frieden von Campo Formio (1797), und wiederholt im Frieden von Lüneville (1801) wurden die öſtreichiſchen Niederlande ſodann von Oeſtreich förmlich an Frankreich gegen Venedig abgetreten und dem **franzöſiſchen Reiche einverleibt.** Sie theilten fortan das Schickſal Frankreich's, bis im Jahr 1814 die Alliirten Beſitz von dem Lande ergriffen. Dieſe ließen die belgiſchen Provinzen zunächſt durch den öſtreichiſchen Feldmarſchalllieutenant Vincent als Generalgouverneur verwalten, weil Oeſtreich die nächſten Anſprüche darauf hatte. Da ſich Oeſtreich aber lieber in Italien entſchädigen laſſen wollte, ſo kamen die Miniſter der Großmächte, beſonders auf Betrieb Englands, ſchon im Juni 1814 überein, daß die belgiſchen Provinzen mit den Niederlanden vereinigt werden ſollten. England wünſchte aus Holland einen kräftigen Mittelſtaat zu bilden, der für Großbritannien eine Vormauer gegen Frankreich ſein könnte, und hatte ſich außerdem, da es die oben genannten holländiſchen Colonien behielt, verbindlich gemacht, für anderweitige Entſchädigung Holland's zu ſorgen. Aus den Verhandlungen des Grafen Clancarty, des engliſchen Geſandten in Haag, mit dem Fürſten Wilhelm ging ſodann die Acte vom 21. Juli 1814 hervor, welche feſtſetzte, daß **Belgien** und **Holland** fortan **nur einen einzigen Staat** bilden ſollten, und daß die bereits in Holland eingeführte Verfaſſung vom 28. März 1814*), unter den nöthigen, nach beiderſeitiger Uebereinſtimmung gemachten Abänderungen, auch auf Belgien ausgedehnt werde. Die verſchiedenen Confeſſionen ſollten gleiche Rechte, Belgier und Holländer gleiche Anſprüche auf öffentliche Aemter erhalten, die Staats-

*) Findet ſich bei Pölitz, europ. Verfaſſungen, Lpzg. 1832, Band II. S. 192.

ſchulden beider Länder zuſammengeworfen und aus der allgemeinen Staatskaſſa verzinſt, die Generalſtaaten, zu denen die Belgier gezogen werden, abwechſelnd in einer holländiſchen und belgiſchen Stadt gehalten werden, die Dämme jedoch, welche in Holland große Ausgaben machten, aus den Mitteln der betheiligten Bezirke erhalten werden (vgl. Urkunde 1). Durch den Vertrag Wilhelm's mit den vier alliirten Mächten (England, Oeſtreich, Preußen und Rußland) vom 31. Mai 1815, der auch der wiener Congreßacte als Beilage X. angeſchloſſen iſt, wurde der neue Staat als **Königreich der Niederlande** anerkannt und zwar in der Erbfolge Wilhelm's von Naſſau-Oranien (vergl. Urkunde 2); Fürſt Wilhelm hatte ſich bereits am 16. März 1815 unter dem Namen Wilhelm I. als König der Niederlande ausrufen laſſen. Der wiener Congreß fügte dem Gebiet der Niederlande noch einen Theil von Lüttich bei; ferner erhielt der König das zum Großherzogthum erhobene und dem deutſchen Bunde einverleibte Luxemburg als eine Entſchädigung für die an Preußen abgetretenen deutſch-naſſauiſchen Fürſtenthümer Naſſau-Dillenburg, Siegen, Hadamar und Dietz. Für Luxemburg gilt daher auch die Erbfolgeordnung nach dem naſſauiſchen Erbverein von 1783, nach welchem auch der Linie der Herzoge von Naſſau das Erbrecht zuſteht, was bei den übrigen Niederlanden nicht der Fall iſt. Einen weiteren Zuwachs erhielt das Königreich im zweiten pariſer Frieden (20. Nov. 1815) durch einige bisher noch zu Frankreich gehörige Gebietstheile der vormaligen öſtreichiſchen Niederlande, nämlich durch das Herzogthum Bouillon und durch einen Landſtrich in den Ardennen mit den Feſtungen Philippeville und Marienburg.

Die Belgier, bei denen ſich jetzt, nach der Befreiung von der franzöſiſchen Herrſchaft, alsbald wieder der durch die langjährige ſpaniſche Regierung feſt gewurzelte ultramontane und jeſuitiſche Geiſt Geltung zu verſchaffen ſuchte, waren mit der neuen Verfaſſung vornehmlich deßhalb unzufrieden, weil ſie eine Gleichberechtigung aller Culte ausſprach und durch dieſelbe alſo auch alle Proteſtanten Anwartſchaft auf belgiſche Aemter erhielten. Der Artikel 190 lautete: „Die vollkommene Freiheit aller religiöſen Meinungen wird Jedermann garantirt. Art. 191. Allen religiöſen Gemeinſchaften, welche in dem Königreiche beſtehen, iſt gleicher Schutz verliehen. Art. 192. Alle Unterthanen des Königs, ohne Unterſchied ihres religiöſen Glaubens, genießen dieſelben bürgerlichen und politiſchen Rechte und haben gleichen Anſpruch auf alle Würden und Aemter." Von den auf den 8. Aug. 1815 zu einer Erklärung über die Verfaſſung nach Brüſſel einberufenen 1603 Notabeln erſchienen nur 1223, und von dieſen ſtimmten 527 für, 796 gegen die Verfaſſung, von letzteren erklärten 126, ſie würden der Verfaſſung ihre Zuſtimmung gegeben haben, wenn ſie nicht eine Gleichberechtigung aller Culte ausſpräche. König Wilhelm I. jedoch, geſtützt auf die Beſtimmungen der Großmächte, ließ ſich durch dieſen Widerſpruch nicht hindern, der Verfaſſung an ſeinem Geburtsfeſt, den 24. Aug. 1815, die königliche Sanction zu geben und

dieſelbe als gültiges Grundgeſetz des Reiches einzuführen*). Er erklärte, die einem Theile der belgiſchen Notabeln wegen der Gleichberechtigung der Confeſſionen mißliebigen Artikel gründeten ſich auf Verträge mit europäiſchen Mächten, in deren Staaten eine ſolche Gleichberechtigung ebenfalls ſtattfinde, ihre Beſeitigung würde die ganze Exiſtenz des neuen Staates in Frage ſtellen, auch ſei kaum ein Zweifel, daß die große Mehrheit der Belgier dieſen Artikeln und der geſammten Verfaſſung nicht entgegen ſei, da 527 der Notabeln dafür geſtimmt hätten. Die erſte allgemeine Ständeverſammlung wurde für den 21. Nov. 1815 nach Brüſſel berufen; hier wurde die neue Verfaſſung von König und Ständen beſchworen, damit aber der Widerſtand der Belgier, ganz beſonders des ultramontanen Clerus, nicht beſeitigt. Der Biſchof von Gent, Fürſt v. Broglio, unterſagte 1816 ſeinen Pfarrern, Männern, welche die Conſtitution beſchworen hätten, die Abſolution zu ertheilen, und erklärte es für Verrath an der katholiſchen Kirche, einem proteſtantiſchen Souverän das höchſte Aufſichtsrecht über den katholiſchen Religionsunterricht zu geſtatten. Daneben wurden Beſchwerden laut über Bevorzugung der Holländer in den höheren Staatsdienſten, da doch Belgien eine Million Einwohner mehr (3,210,700) zähle, als Holland (2,016,157). Auch fand man die Steuern, von denen ein großer Theil für die Marine und Waſſerbauten, ſo wie für die Verzinſung der Staatsſchuld in Anſpruch genommen wurde, ſehr hoch, und ganz beſonders verletzte die Verordnung vom 15. Sept. 1819, nach welcher in den ſüdlichen Provinzen der Gebrauch der franzöſiſchen Sprache eingeſchränkt und vom 1. Jan. 1823 an nur noch die flamändiſch-holländiſche als Gerichts- und Schulſprache gelten ſollte. Die großen Vortheile, welche Belgien aus ſeiner Verbindung mit Holland zog, das ihm nicht nur im eigenen Lande, ſondern auch in ſeinen Colonien für ſeine Landesproducte und Gewerbserzeugniſſe einen offenen und gewinnreichen Markt bot, wurden bei den beſtändigen Anfeindungen, die von den Ultramontanen ausgingen und die Regierung zwangen, auch die freie Preſſe zu beſchränken, ganz überſehen. Vergeblich hoffte der König Wilhelm I. durch das Concordat, welches er, gegen den Rath ſeiner Miniſter, am 18. Juni 1827 mit der römiſchen Curie abſchloß, den katholiſchen Clerus zufrieden zu ſtellen; den Ultramontanen genügte dasſelbe nicht, die Proteſtanten fanden eine Verletzung der Verfaſſung darin, und es kam nicht zum Vollzug. Die Aufhebung des philoſophiſchen Collegiums an der theologiſchen Facultät zu Löwen (1830), welches die Regierung gegründet hatte, um einem duldſameren Geiſte unter den jungen katholiſchen Geiſtlichen Bahn zu brechen, ermuthigte nur zu

*) Sie findet ſich deutſch bei Pölitz: europ. Verfaſſungen, Lpzg. 1832 ff., Band III. p. 166; bei Schubert: Verfaſſungsurkunden und Grundgeſetze der Staaten Europa's, Nordamerika's und Braſilien's, Königsb. 1848 ff., Band II. p. 185. Holländiſch: Grondwet voor het Koningrijk der Nederlanden, Haag 1815. 8.

noch entſchiedenerer Oppoſition. Nur mit wenigen Stimmen vermochte die Regierung bei den Generalſtaaten von 1830 das Budget durchzubringen; letztere wurden am 2. Juni 1830 aufgelöſt, nachdem ſie mit mehr als tauſend Bittſchriften überſchwemmt worden waren, welche ſämmtlich Freiheit des Unterrichts, freie Preſſe, Geſchwornengerichte, gleiche Vertheilung der Aemter zwiſchen Holländern und Belgiern, Verantwortlichkeit der Miniſter, Vollziehung des Concordats verlangten.

Als in Paris am 27. Juli 1830 die franzöſiſche Julirevolution ausgebrochen war, bereitete ſich auch in Belgien ein Volksaufſtand vor, der am 25. Auguſt 1830 in Brüſſel nach dem Schluſſe des Theaters, wo man die Stumme von Portici gegeben hatte, zum Ausbruch kam. Die Aufſtändiſchen demolirten die Häuſer des Juſtizminiſters van Maanen, des Polizeidirectors und des Redacteurs des National; es bildete ſich eine Communalgarde, welche die brabanter Farben ſchwarz, roth, gelb aufſteckte. Am 27. und 28. Auguſt reiſten die Söhne des Königs, der Prinz von Oranien und der Prinz Friederich, nach Antwerpen ab und die holländiſchen Truppen folgten ihnen. In wenigen Tagen verbreitete ſich der Aufſtand über alle bedeutenderen Städte des Landes. Die Belgier wünſchten eine völlige Trennung Belgien's von Holland entweder unter dem gemeinſamen König Wilhelm I., oder unter dem Prinzen von Oranien als beſonderem König von Belgien. Der Prinz von Oranien verſprach, ſich bei ſeinem Vater für dieſen Plan zu verwenden; der König war auch anfangs Willens, darauf einzugehen; allein Adreſſen von Antwerpen und Gent, welche ſich gegen eine Trennung ausſprachen, veränderten ſeinen Entſchluß. Er legte die Frage den am 13. Sept. 1830 zu Haag eröffneten Generalſtaaten vor, bei welchen ſich auch aus Belgien die Deputirten zahlreich eingefunden hatten. Von den belgiſchen Abgeordneten, denen die Eröffnungsrede des Königs wenig Ausſicht zu bieten ſchien, reiſten jedoch mehrere ſchon in den erſten Tagen wieder ab, unter ihnen der Baron Staſſard, welcher in einer Proclamation zu Brüſſel erklärte, daß die Forderungen der Belgier auf keine Anerkennung rechnen könnten. Dieſe Erklärung brachte ganz Belgien wieder in Aufſtand; es bildete ſich jetzt zu Brüſſel eine proviſoriſche Regierung, beſtehend aus de Potter, van de Weiher, Baron v. Staſſard, dem Grafen Felix Merode u. A. Nachdem ſich die holländiſchen Truppen unter dem Commando des Prinzen Friederich vom 21. bis 26. Sept. in und um Brüſſel mit den Aufſtändiſchen geſchlagen, zogen ſie ſich gegen die holländiſche Grenze zurück, und die proviſoriſche Regierung erklärte am 4. Oktober Belgien für einen unabhängigen Staat. An demſelben Tage ernannte der König den Prinzen von Oranien zum Regenten Belgien's, zugleich befahl er, daß in Belgien nur die franzöſiſche Sprache als Gerichtsſprache angewandt und die belgiſchen Verwaltungsſtellen nur mit geborenen Belgiern beſetzt werden ſollten; allein dieſe verſöhnlichen Verfügungen machten nur geringen Eindruck, da man ſich daneben offen in

Holland zu entſchiedenen Maßregeln rüſtete und General Chaſſé, der von den Belgiern in Antwerpen angegriffen worden war, durch das Bombardement dieſer Stadt (27. Okt. 1830) die feindliche Stimmung erhöhte. Der belgiſche Nationalcongreß, welcher ſich am 10. Nov. 1830 in Brüſſel verſammelt hatte, nahm zwar gegen die Republicaner die conſtitutionelle, erbmonarchiſche Regierungsform an, erklärte aber am 24. Nov. 1830 die Ausſchließung des Hauſes Oranien vom Throne, Letzteres gegen den Willen der Conferenz der fünf Großmächte zu London. Auf den Wunſch des Königs Wilhelm I. waren nämlich die Mächte England, Frankreich, Oeſtreich, Preußen und Rußland zu Conferenzen in London zuſammengetreten, die am 4. Nov. 1830 ihren Anfang nahmen. Schon die erſten Conferenzen entſchieden ſich für eine Trennung Belgien's von Holland, da die Erfahrung gezeigt habe, daß beide Länder nicht zuſammenpaſſen und auf dieſe Weiſe der Zweck ihrer Bildung, die Errichtung eines kräftigen Mittelſtaates zwiſchen Frankreich und England nicht erreicht werde. Holland hatte freilich ſeine Colonien an England geben müſſen und war dafür auf Belgien als Entſchädigung hingewieſen worden: das war aber vergeſſen! Holland ſollte nach dem Beſchluß der londoner Conferenz auf das Gebiet beſchränkt werden, welches der Republik 1790 zugehörte, die übrigen Provinzen, mit Ausnahme Luxemburg's, ſollten den belgiſchen Staat bilden, der einen Prinzen aus dem Hauſe Oranien zum Regenten erhalten müſſe. Der König von Holland nahm dieſe Beſtimmungen an, die Belgier nicht. Am 26. Juni 1831 erließ die Conferenz in ihrem 26. Protocolle ein Ultimatum von 18 Artikeln, das den Belgiern eine vortheilhafte Grenzbeſtimmung gegen Holland einräumte. Nach langen Debatten nahm der belgiſche Congreß am 9. Juli 1831 dieſe Artikel an, der König von Holland aber verwarf ſie; denn wiewohl die Holländer die Vereinigung mit Belgien ſelbſt nicht länger wünſchten, ſo beſtanden ſie doch auf den von der londoner Conferenz anfangs feſtgeſetzten Grenzen. Der Prinz von Oranien drang jetzt mit einem Heere von 40,000 Mann, in vier Diviſionen getheilt, in Belgien ein, ſchlug die Belgier am 8. Auguſt bei Haſſelt, am 10. Aug. 1831 bei Löwen, und war eben im Begriff, nach Brüſſel vorzurücken, als er ſich, auf die Nachricht, daß 40,000 Mann Franzoſen unter Gerard im Anzug ſeien, unter engliſcher Vermittlung am 12. Aug. 1831 zu einem Waffenſtillſtand verſtand, dem gemäß er ſein Heer am 14. Auguſt über die Grenze zurückführte. Indeſſen hatte der belgiſche Congreß, auf Anrathen des franzöſiſchen Hofes, den Prinzen Leopold von Sachſen-Coburg, freilich unter Widerſtreben des Clerus, am 4. Juni 1831 zum König gewählt, und Leopold die Regierung am 21. Juli 1831 angetreten. Die londoner Conferenz erließ am 14. Oktober 1831 ein neues Ultimatum, einen Friedensvertrag, in 24 Artikeln (vergl. Urkunde 3) und erklärte, daß ſie einen abermaligen Ausbruch der Feindſeligkeiten mit allen ihr zu Gebot ſtehenden Mitteln verhindern werde. Der König von Belgien unterzeichnete

mit Genehmigung der Stände dieſes Protocoll der londoner Conferenz vom 14. Okt. 1831. Daſſelbe wurde hierauf auch von den fünf Mächten am 15. Nov. 1831 als verbindend unterſchrieben, von den drei nordiſchen jedoch nur unter dem Vorbehalt einiger Modificationen. Dagegen verweigerte der König von Holland beharrlich ſeine Unterſchrift, da dieſes Protocoll Holland nicht ſeine alten Grenzen gegen Belgien zugeſtehe und er, als ſelbſtſtändiger Souverän eines unabhängigen Staates von der Conferenz nicht zur Abtretung von Gebietstheilen gezwungen werden könne. Nun ſchloßen England und Frankreich am 27. Okt. 1832 einen Vertrag, Holland mit den Waffen durch einen Angriff zu Land und zur See zur Annahme der im genannten Protocoll niedergelegten 24 Artikel zu zwingen. Da die nordiſchen Mächte ihre Zuſtimmung zur Anwendung von Gewalt nicht gaben, ſo löſte ſich die londoner Conferenz auf und die Angelegenheit wurde in einem gegenſeitigen Notenwechſel weiter verhandelt. Engliſche und franzöſiſche Schiffe blokirten die holländiſchen Häfen, eine franzöſiſche Armee von 43,000 Mann unter Marſchall Gerard belagerte die Citadelle von Antwerpen, welche von den Holländern unter General Chaſſé zwar tapfer vertheidigt, aber endlich am 24. Dez. 1832 geräumt wurde; dagegen hielt die holländiſche Flotte bei Vließingen die Schelde geſperrt. Die Franzoſen zogen nach der Einnahme der Citadelle wieder aus Belgien ab. Am Anfang des Jahres 1833 übergab der König von Holland der londoner Conferenz einen neuen Vertragsentwurf, bei deſſen Anerkennung er ſich beruhigen wollte. In Folge dieſes Entwurfs kam am 21. Mai 1833 zwiſchen Holland einerſeits und Frankreich und Belgien andererſeits ein Präliminarvertrag zu Stande, der zwar die Streitpunkte in Frage ließ, aber gegen das Zugeſtändniß der Holländer, die Schelde zu öffnen, die Zwangsmaßregeln England's und Frankreich's gegen Holland aufhob und bis zum Abſchluß eines Definitiv-Vertrages den Status quo zwiſchen Holland und Belgien anerkannte. Die Hauptdifferenzen beſtanden noch in der Entſchädigung, welche Holland für die an Belgien abzutretende weſtliche Hälfte des Großherzogthums Luxemburg aus dem Gebiete des belgiſchen Limburg erhalten ſollte, und in der Betheiligung Belgien's bei der holländiſchen Staatsſchuld. Wir haben oben bemerkt, daß das Großherzogthum Luxemburg, weil es dem König Wilhelm I. als eine Entſchädigung für die an Preußen abgetretenen deutſchen naſſau-oraniſchen Fürſtenthümer zugetheilt worden war, zu dem Hauſe Naſſau-Dranien in einer näheren Beziehung ſtand, als die übrigen niederländiſchen Gebietstheile, und daß ſich das Erbrecht auf Luxemburg auch auf die Agnaten des herzoglichen Hauſes Naſſau ausdehnte, was bei den übrigen niederländiſchen Provinzen nicht der Fall iſt. Der König war bereit, das von den Belgiern gebotene Aequivalent des limburger Gebietes gegen die weſtliche Hälfte des Großherzogthums Luxemburg einzutauſchen, er verlangte aber, daß dieſer limburger Gebietstheil ſodann, unabhängig vom deutſchen Bund, dem Königreich Holland einverleibt werde. Zur

Ausführung dieſes Tauſches unter den von Belgien und Holland zugeſtandenen Bedingungen war nun aber ſowohl die Beiſtimmung des deutſchen Bundes, als eine Erklärung der Agnaten aus dem herzoglichen Hauſe Naſſau nöthig, daß ſie auf ihre Erbrechte bezüglich des an Belgien abgetretenen Theiles von Luxemburg verzichteten. Am 18. Aug. 1836 faßte die deutſche Bundesverſammlung in dieſer Beziehung den Beſchluß, daß ſie den Austauſch nur unter der Bedingung genehmigen könne, wenn der Territorialumfang des angebotenen limburgiſchen Theils dem abzutretenden luxemburgiſchen entſpreche, wenn ſodann dieſer limburgiſche dem deutſchen Bunde zugewieſen werde und die belgiſche Regierung ſich verpflichte, keine Befeſtigungen in dem abgetretenen luxemburgiſchen Theile zu errichten. Nachdem hierauf die Verhandlungen eine zeitlang faſt völlig geruht hatten, entſchloß ſich endlich König Wilhelm I. im März 1838, dem Wunſche der Generalſtaaten gemäß, da die Erhaltung des Heeres auf dem Kriegsfuß dem Lande ſehr drückend wurde, ſeinen Geſandten in London zu bevollmächtigen, in die Annahme der 24. Artikel zu willigen. Immer blieb aber noch die Differenz über die Staatsſchuld. Holland verlangte nämlich, daß Belgien als Zinſenantheil an der ſeit ſeiner Vereinigung mit Holland (1814—1830) erwachſenen gemeinſamen Staatsſchuld alljährlich eine Summe von 8,400,000 holl. Gulden an Holland entrichte, und daß es dieſe Summe für die ſieben Jahre ſeiner Losreißung nachzahle. Die Belgier erklärten dieſe Forderung für zu hoch, verweigerten die Nachzahlung gänzlich und fingen wieder an zu rüſten; ſie wollten jetzt auch ganz Luxemburg behaupten, ohne aus dem limburgiſchen Gebiet Entſchädigung zu leiſten. Die londoner Conferenz erklärte am 6. Dez. 1838, daß Belgien ſich zu fügen habe. Am 22. Jan. 1839 erſchien ein definitives Conferenzprotocoll, welches zwar in finanzieller Beziehung einige Abänderungen brachte, aber auf der Gebietsabtretung beſtand, und diejenige der beiden Parteien, die ſich dem Protocoll nicht fügen würde, mit Zwangsmaßregeln bedrohte. Am 19. April 1839 kam endlich der definitive Friedensſchluß zwiſchen Holland und Belgien zu Stande, welchem die fünf Großmächte und der deutſche Bund beitraten (vergl. Urkunden 4 und 5).

In dieſem Frieden wurden die 24 Artikel der londoner Conferenz vom 15. Nov. 1831 allſeitig angenommen. Beide Länder wurden als ſelbſtſtändige Königreiche anerkannt; Holland führt den Namen Königreich der Niederlande fort. Es behält den öſtlichen Theil des Großherzogthums Luxemburg mit der Feſtung Luxemburg; den weſtlichen, etwas größeren, das ſogenannte Luxembourg Francais, tritt es an Belgien ab. Dagegen erhält es einen Theil von Limburg mit den Feſtungen Maſtricht und Venloo. Das abgetretene luxemburgiſche Gebiet zählte damals 149,571 Einwohner, das dagegen erhaltene limburgiſche 147,527. Die Agnaten des herzoglichen Hauſes Naſſau verzichteten durch Vertrag mit König Wilhelm vom 27. Juni 1839 auf

ihr Erbrecht bezüglich des abgetretenen luxemburgiſchen und dafür eingetauſchten limburgiſchen Antheils gegen eine Entſchädigungsſumme von 750,000 holländiſchen Gulden. Der jährliche Beitrag der Belgier zur Verzinſung der von der Vereinigung Belgien's bis zu ſeiner Trennung von Holland (1814—1830) erwachſenen gemeinſamen Staatsſchuld wird auf 5 Millionen holländiſche Gulden feſtgeſetzt und zwar ſoll dieſe Verzinſung erſt mit dem 1. Jan. 1839 ihren Anfang nehmen. Außerdem erhielt Belgien noch ziemlich günſtige Bedingungen in Betreff des Scheldezolls. Bezüglich der Verhältniſſe Luxemburg's zum deutſchen Bunde machte König Wilhelm I. am 16. Aug. 1839 der Bundesverſammlung den Vorſchlag, das erhaltene limburgiſche Gebiet als Aequivalent für das abgetretene luxemburgiſche anzuerkennen, aus demſelben ein Herzogthum Limburg zu bilden und dieſes ebenſo, wie bisher Luxemburg, dem deutſchen Bunde anzuſchließen, jedoch mit Ausſchluß der Feſtungen Maſtricht und Venloo, welche Holland einverleibt werden ſollten. Dieſer Antrag wurde am 5. Sept. 1839 von der Bundesverſammlung einſtimmig angenommen (vergl. Urkunden 6).

Wir geben folgende Urkunden: 1) Die Erklärung des Fürſten Wilhelm von Naſſau-Oranien (Königs Wilhelm I.) vom 21. Juli 1814, worin er die angetragene Souveränetät über das vereinigte Königreich der Niederlande acceptirt. 2) Den wiener Vertrag vom 31. Mai 1815 zwiſchen König Wilhelm I. und den 4 Mächten bezüglich der Uebernahme dieſer Souveränetät. Beide Urkunden finden ſich bei Martens nouv. rec. tom. II. 3) Das Protocoll oder Ultimatum der londoner Conferenz vom 14. Okt. 1831, genehmigt am 15. Nov. 1831, worin die 24 Artikel aufgeſtellt werden. Findet ſich bei Martens nouv. rec. tom. XI. 4) Den definitiven Friedensvertrag zwiſchen Holland und Belgien zu London vom 29. Apr. 1839. 5) Die Beiſtimmung des deutſchen Bundes zu dem londoner Friedensvertrag vom 29. Apr. 1839. 6) Die Beſtimmungen über die Verhältniſſe Luxemburgs und Limburgs zum deutſchen Bunde vom 16. Aug. und 5. Sept. 1839. Die in den letzten drei Nummern bezeichneten Urkunden finden ſich in gleichzeitigen officiellen Publicationen zu Brüſſel, bei Martens nouv. rec. tom. XVI, die letzte auch in der allg. Zeitung vom 9. Nov. 1839 und in der frankf. Oberpoſtamtszeitung vom 6. Nov. 1839.

I.

Acte

signé par le Secrétaire d'Etat de S. A. R. le Prince des Pays-Bas pour l'acceptation de la Souveraineté des Provinces Belgiques sur les bases convenues,

à la Haye ce 21. Juillet 1814.

Son Excellence le Comte de Clancarty Ambassadeur Extraordinaire et ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté Britannique auprès de Son Altesse Royale le Prince Souverain des Pays-Bas, ayant remis au Soussigné la Copie du Protocole d'une conférence qui a eu lieu au mois de Juin passé entre les ministres des hautes Puissances alliées, et signé par eux au sujet de la réunion de la Belgique à la Hollande, et le dit Ambassadeur lui ayant aussi fait part des instructions qu'il venait de recevoir de Sa Cour de se concerter avec le Général Baron de Vincent Gouverneur-Général de la Belgique afin de remettre le Gouvernement provisoire des Provinces Belgiques à celui qui en serait chargé par Son Altesse Royale, au nom des Puissances alliées, jusqu'à leur réunion définitive et formelle, pourvû que préalablement et conjointement avec les ministres ou autres Agens diplomatiques de l'Autriche, de la Russie et de la Prusse actuellement à la Haye, le dit Ambassadeur reçut de Son Altesse Royale son adhésion formelle aux conditions de la réunion des deux Pays, selon l'invitation faite au Prince Souverain par le dit Protocole; le Soussigné a mis la Copie du Protocole et la note officielle du dit Ambassadeur qui contenait le précis de ses instructions à ce sujet, sous les yeux de Son Altesse Royale.

Son Altesse Royale le Prince Souverain reconnaît que les conditions de la réunion contenues dans le Protocole sont conformes aux huit articles dont la teneur suit:

Art. I. Cette réunion devra être intime et complète de façon que les deux Pays ne forment qu'un seul et même Etat, régi par la Constitution

déjà établie en Hollande, et qui sera modifiée d'un commun accord d'après les nouvelles circonstances.

Art. II. Il ne sera rien innové aux articles de cette Constitution qui assurent à tous les Cultes une Protection et une faveur égales, et garantissent l'admission de tous les Citoyens, quelque soit leur croyance réligieuse, aux emplois et offices publics.

Art. III. Les Provinces Belgiques seront convenablement représentées à l'assemblée des Etats-Généraux dont les Sessions ordinaires se tiendront en temps de paix alternativement dans une Ville Hollandaise et dans une Ville de la Belgique.

Art. IV. Tous les habitans des Pays-Bas se trouvant ainsi constitutionnellement assimilés entre eux, les différentes Provinces jouiront également de tous les avantages commerciaux et autres que comporte leur situation respective, sans qu'aucune entrave ou restriction puisse être imposée à l'une au profit de l'autre.

Art. V. Immédiatement après la réunion les Provinces et les villes de la Belgique seront admises au commerce et à la navigation des Colonies sur le même pied que les Provinces et villes Hollandaises.

Art. VI. Les charges devant être communes, ainsi que les bénéfices, les Dettes contractées jusqu'à l'époque de la réunion, par les Provinces Hollandaises d'un côté, et de l'autre par les Provinces Belgiques seront à la charge du Trésor-Général des Bays-Bas.

Art. VII. Conformément aux mêmes principes, les depenses requises pour l'établissement et la conservation des fortifications sur la frontière du nouvel Etat seront supportées par le Trésor-Général, comme résultat d'un objet qui interesse la sûreté et l'indépendance de toutes les Provinces et de la nation entière.

Art. VIII. Les frais d'établissement et d'entretien des Digues resteront pour le compte des Districts qui sont plus directement intéressées à cette partie du service public, sauf l'obligation de l'Etat en général à fournir des secours en cas de désastre extraordinaire, le tout ainsi que cela s'est pratiqué jusqu'à présent en Hollande.

Et Son Altesse Royale ayant accepté ces huit articles comme la base et les conditions de la réunion de la Belgique à la Hollande, sous la Souveraineté de Son Altesse Royale.

Le soussigné Anne Willem Carel Baron de Nagell Chambellan de S. A. R. le Prince Souverain des Pays-Bas unis, et Son Secrétaire d'Etat pour les affaires étrangères, est chargé et autorisé au nom et de la part de Son Auguste Maître d'accepter la Souveraineté des Provinces Belgiques sous les conditions contenues dans les huit articles précédens, et d'en garantir par le présent Acte l'acceptation et l'exécution.

En foi de quoi le soussigné Anne Willem Carel Baron de Nagell Chambellan de S. A. R. le Prince Souverain des Pays-Bas et son Secrétaire d'Etat

pour les affaires étrangères, a muni le présent acte de sa signature et y a fait apposer le cachet de ses armes.

Fait à la Haye ce 21. Juillet 1814.

(L. S.) Signé: *A. W. C. de Nagell.*

Pour Copie conforme:

Le Secrét. Général du Dép. d. affaires étrangères.

van Zuylen. *van Nyeveldt.*

II.

Traité

entre la Grande-Bretagne et les Pays-Bas,

signé à

VIENNE,

le 31. Mai 1815.*)

Au nom de la très-sainte et indivisible Trinité.

Sa Majesté le Roi du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, désirant de mettre en exécution et de compléter les dispositions du Traité de Paix conclu à Paris le 30. Mai 1814, qui, afin d'établir un juste équilibre en Europe et de constituer les Provinces-Unies dans des proportions, qui les mettent à même de soutenir leur indépendance par leurs propres moyens, leur assure les pays compris entre la mer, les frontières de la France et la Meuse, mais qui ne déterminent point encore leurs limites sur la rive droite de ce fleuve; et leurs dites Majestés ayant résolu de conclure, pour cet effet, un Traité particulier, conforme aux stipulations du Congrès de Vienne, Elles ont nommé des Plénipotentiaires pour concerter, arrêter et signer tout ce qui est relatif à cet objet; savoir, Sa Majesté le Roi du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, le Très-Honorable Richard le Poer Trench, Comte de Clancarty, Vicomte de Dunlo, Baron de Kilconnel, Conseiller de Sa dite Majesté en Son Conseil Privé de la Grande Bretagne et aussi d'Irlande, Président du Comité du premier pour les Affaires du Commerce et des Colonies, Directeur-Général de Ses Postes, Colonel du Régiment de Milice du Comté de Galway, Chevalier Grand-Croix du Très-Honorable Ordre du Bain, et un des Plénipotentiaires de Sa dite Majesté au Congrès de Vienne; et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, le Sieur Gerhard Charles, Baron de Spaen de Voorstonden, membre du Corps des Nobles de la Province de Gueldre, Envoyé Extraordinaire et

---

*) Le même traité a été signé entre S. M. le Roi des Pays-Bas et la cour d'Autriche et la cour de Berlin et la cour de Pétersbourg.

Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Prince d'Orange-Nassau, Grand-Duc de Luxembourg, près la Cour de Vienne et l'un de Ses Plénipotentiaires au Congrès; et le Sieur Hans Christophe Erneste, Baron de Gagern, Grand-Croix des Ordres du Lion de Hesse, et de la Fidélité de Bade, Plénipotentiaire de Sa dite Majesté au Congrès de Vienne; lesquels, après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des Articles suivans:

Art. I. Les anciennes Provinces-Unies des Pays-Bas et les ci-devant Provinces Belgiques, les unes et les autres dans les limites fixées par l'Article suivant, formeront, conjointement avec les pays et territoires désignés dans le même Article, sous la Souveraineté de Son Altesse Royale le Prince d'Orange-Nassau, Prince Souverain des Provinces-Unies, le Royaume des Pays-Bas, héréditaire dans l'Ordre de Succession déjà établi par l'Acte de Constitution des dites Provinces-Unies. Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, reconnaît le titre et les prérogatives de la dignité royale dans la Maison d'Orange Nassau.

Art. II. La ligne comprenant les territoires qui composeront le Royaume des Pays-Bas, est déterminée de la manière suivante; elle part de la mer et s'étend le long des frontières de la France du côté des Pays-Bas, telles qu'elles ont été rectifiées et fixées par l'Article III du Traité de Paris du trente Mai mil huit cent quatorze, jusqu'à la Meuse; et ensuite le long des mêmes frontières jusqu'aux anciennes limites du duché de Luxembourg. De-là elle suit la direction des limites entre ce duché et l'ancien Evêché de Liège, jusqu'à ce qu'elle rencontre (au Midi de Deiffelt) les limites Occidentales de ce Canton et de celui de Malmédy, jusqu'au point ou cette dernière atteint les limites entre les anciens Départemens de l'Ourthe et de la Roer; elle longe ensuite ces limites jusqu'à ce qu'elles touchent à celles du Canton ci-devant François d'Eupen, dans le Duché de Limbourg; et en suivant la limite Occidentale de ce Canton dans la direction du Nord, laissant à droite une petite partie du ci-devant Canton Français d'Aubel, se joint au point de contact des trois anciens Départemens de l'Ourthe, de la Meuse Inférieure et de la Roer; en partant de ce point, la dite ligne suit celle qui sépare ces deux derniers Départemens, jusque-là où elle touche à la Worm (rivière ayant son embouchure dans la Roer) et longe cette rivière juqu'au point où elle atteint de nouveau la limite de ces deux Départemens, poursuit cette limite jusqu'au midi de Hillensberg (ancien Département de la Roer) remonte de-là vers le Nord, et laissant Hillensberg à droite, et coupant le Canton de Sittard en deux parties à peu près égales, de manière que Sittard et Susteren restent à gauche, arrive à l'ancien territoire Hollandais, puis, laissant ce territoire à gauche, elle en suit la frontière Orientale jusqu'au point où celle-ci touche à l'ancienne Principauté Autrichienne de Gueldre, du côté de Ruremonde; et se dirigeant vers le point le plus Oriental du territoire Hollandais, au Nord de Swalmen, continue à embrasser ce territoire. Enfin elle va joindre, en partant du point le plus Oriental, cette autre partie du territoire Hollandais,

où se trouve Venloo; elle renfermera cette ville et son territoire. De-là jusqu'à l'ancienne frontière Hollandaise près de Mook située au-dessous de Genep, elle suivra le cours de la Meuse à une distance de la rive droite telle que tous les endroits qui ne sont pas éloignés de cette rive de plus de mille perches d'Allemagne (*Rheinländische Ruthen*), dont mille neuf cent soixante-dix équivalent à la quinzième partie d'un degré de méridien, appartiendront, avec leurs banlieues, au Royaume des Pays-Bas; bien entendu toutefois, quant à la réciprocité de ce principe, qu'aucun point de la rive de la Meuse ne fasse partie du territoire Prussien, qui ne pourra en approcher de huit cents perches d'Allemagne.

Du point où la ligne, qui vient d'être décrite, atteint l'ancienne frontière Hollandaise, jusqu'au Rhin, cette frontière restera, pour l'essentiel, telle qu'elle était en mil sept cent quatre-vingt-quinze, entre Clèves et les Provinces-Unies. Elle sera examinée par la Commission qui sera nommée incessamment par les deux gouvernemens pour procéder à la détermination exacte des limites, tant du Royaume des Pays-Bas que du Grand-Duché de Luxembourg désignée dans l'article IV; et cette Commission règlera, à l'aide d'experts, tout ce qui concerne les constructions hydrotechniques et autres points, suivant l'avantage mutuel des deux Hautes Parties Contractantes, et de la manière la plus équitable et la plus convenable. Cette même disposition s'étend sur la fixation des limites dans les districts de Kyfwaerd, Lobith et de tout le territoire jusqu'à Kekerdom. Les enclaves Huissen, Malburg le Lymers, avec la ville de Sevender, et la Seigneurie de Weel, feront partie du Royaume des Pays-Bas; et Sa Majesté Prussienne y renonce à perpétuité pour elle et tous ses descendans et successeurs.

Art. III. La partie de l'ancien Duché de Luxembourg, comprise dans les limites spécifiées par l'article suivant, est également cedée au Prince Souverain des Provinces-Unies, aujourd'hui Roi des Pays-Bas, pour être possédée à perpétuité et Souveraineté. Le Souverain des Pays-Bas ajoutera à ses titres celui de Grand-Duc de Luxembourg, et la faculté est réservée à Sa Majesté de faire, relativement à la Succession dans le Grand-Duché, tel arrangement de famille entre les Princes ses fils, qu'elle jugera conforme aux intérêts de sa Monarchie et à ses intentions paternelles.

Le Grand-Duché de Luxembourg, servant de compensation pour les principautés de Nassau-Dillenbourg, Siegen, Hadamar et Dietz, formera un des Etats de la Confédération Germanique et le Prince, Roi des Pays-Bas, entrera dans le système de cette confédération comme Grand-Duc de Luxembourg avec toutes les prérogatives et privilèges dont jouiront les autres Princes Allemands.

La Ville de Luxembourg sera considérée, sous le rapport militaire, comme forteresse de la Confédération. Le Grand-Duc aura toutefois le droit de nommer le Gouverneur et Commandant militaire de cette forteresse, sauf l'approbation du pouvoir exécutif de la Confédération, et sous telles autres

conditions qu'il sera jugé nécessaire d'établir en conformité de la constitution future de la dite Confédération.

Art. IV. Le Grand-Duché de Luxembourg se composera de tout le territoire situé entre le Royaume des Pays-Bas, tel qu'il a été désigné par l'article II, la France, la Moselle, jusqu'à l'embouchure de la Sure, le cours de la Sure jusqu'au confluent de l'Our et le cours de cette dernière rivière jusqu'aux limites du ci-devant Canton Français de St. Vith, qui n'appartiendra point au Grand-Duché de Luxembourg.

Des contestations s'étant élevées sur la propriété du Duché de Bouillon, Sa Majesté le Roi des Pays-Bas Grand-Duc de Luxembourg, s'engage à restituer la partie du dit Duché qui est comprise dans la démarcation ci-dessus indiquée à celle des parties dont les droits seront légitimement constatés.

Art. V. Sa Majesté le Roi des Pays-Bas renonce à perpétuité pour lui et ses descendans et successeurs, en faveur de Sa Majesté le Roi de Prusse, aux possessions souveraines que la Maison de Nassau-Orange possédait en Allemagne, et nommément aux principautés de Dillenbourg, Dietz, Siegen et Hadamar y compris la Seigneurie de Beilstein, et telles que ces possessions ont été définitivement réglées entre les deux branches de la Maison de Nassau par le Traité conclu à la Haye, le quatorze Juillet mil huit cent quatorze; Sa Majesté renonce également à la principauté de Fulde et aux autres districts et territoires qui lui avaient été assurés par l'article XII du récès principal de la députation extraordinaire de l'Empire, du vingt-cinq Février mil huit cent trois.

Art. VI. Le droit et l'ordre de succession établi entre les deux branches de la Maison de Nassau, par l'Acte de mil sept cent quatre-vingt-trois, dit *Nassauischer Erbverein*, est maintenu et transféré des quatre principautés d'Orange-Nassau au Grand-Duché de Luxembourg.

Art. VII. Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, en réunissant sous Sa Souveraineté les pays désignés dans les articles II et IV, entre dans tous les droits, et prend sur lui toutes les charges et tous les engagemens stipulés relativement aux provinces et districts détachés de la France dans le traité de paix conclu à Paris, le trente Mai mil huit cent quatorze.

Art. VIII. Sa Majesté le Roi des Pays-Bas ayant reconnu et sanctionné, sous la date du vingt-un Juillet mil huit cent quatorze, comme bases de la réunion des Provinces Belgiques avec les Provinces-Unies, les huit Articles renfermés dans la Pièce annexée au présent Traité, les dits Articles auront la même force et valeur comme s'ils étaient insérés mot à mot dans la transaction actuelle.

Art. IX. Il sera nommé incessamment par Sa Majesté le Roi de Prusse et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, une Commission pour régler tout ce qui est relatif à la cession des possessions Nassoviennes de Sa Majesté par rapport aux archives, dettes, excédens des caisses et autres objets de la même nature. La partie des archives qui ne regarde point les pays cédés, mais la Maison d'Orange, et tout ce qui, comme bibliothèque, collection de cartes,

et autres objets pareils, appartient à la propriété particulière et personnelle de Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, restera à Sa Majesté et lui sera aussitôt remis. Une partie des susdites possessions étant échangée contre des possessions du Duc et Prince de Nassau, Sa Majesté le Roi de Prusse s'engage et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas consent à faire transférer l'obligation stipulée par le présent article sur Leurs Altesses Sérénissimes le Duc et Prince de Nassau pour la partie des dites possessions qui sera réunie à Leurs états.

Art. X. Le présent Traité sera ratifié et les ratifications seront échangées dans le terme de six semaines, et plutôt si faire se pourra.

En foi de quoi les Plénipotentiaires ci-dessus nommés l'ont signé et muni du cachet de leurs armes.

Fait à Vienne, le trente-un Mai de l'an de grâce mil huit cent quinze.

Signé:
(L. S.) *Clancarty.*

Signé:
(L. S.) *Le Baron de Spaen.*
(L. S.) *Le Baron de Gagern.*

III.

Traité

pour la Séparation definitive de la Belgique d'avec la Hollande signé à Londres par les Plénipotentiaires de l'Autriche, de la France, de la Grande-Bretagne, de la Prusse et de la Russie d'une part et par le Plénipotentiaire de la Belgique de l'autre part,

le 15. Novembre 1831.

Les cours d'Autriche, de France, de la Grande-Bretagne, de Prusse et de Russie, prenant en considération les évènemens qui ont eu lieu dans le Royaume-Uni des Pays-Bas depuis le mois de Septembre 1830, l'obligation où elles se sont trouvées d'empêcher, que ces évènemens ne troublassent la paix générale, et la nécessité qui resultait de ces mêmes évènemens d'apporter des modifications aux transactions de l'année 1813, par lesquelles avait été créé et établi le Royaume-Uni des Pays-Bas et Sa Majesté, le Roi actuel des Belges s'associant à ces intentions des cours ci-dessus mentionnées, ont nommé pour leurs Plénipotentiaires savoir:

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, le Prince Paul d'Esterhazy, Chevalier de la Toison d'or, Grand-croix de l'ordre royal de St. Etienne, de l'ordre des Guelphes, de St. Ferdinand de Sicile et de celui de Christ de Portugal, Chambellan, Conseiller intime actuel de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique, et son Ambassadeur extraordinaire près Sa Majesté Britannique; et le Sieur Jean Philippe, Baron de Wessenberg, Grand-croix de l'ordre royal de St. Etienne, de l'ordre militaire et religieux

des Saints Maurize et Lazare, de l'ordre de l'Aigle rouge de Prusse et de celui de la Couronne de Bavière, Chambellan, Conseiller intime actuel de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique;

Sa Majesté, le Roi des Français, le Sieur Charles Maurice de Talleyrand-Perigord, Prince Duc de Talleyrand, Pair de France, Ambassadeur extraordinaire et ministre plénipotentiaire de sa dite Majesté près Sa Majesté Britannique, Grand-croix de la Légion d'honneur, Chevalier de l'ordre de la Toison d'or, Grand-croix de l'ordre de St. Etienne de Hongrie, de l'ordre de Saint André, de l'ordre de l'Aigle noir etc.;

Sa Majesté le Roi du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, le Très-Honorable Henri Jean Vicomte Palmerston, Baron Temple, Pair d'Irlande, Conseiller de Sa Majesté Britannique en son conseil privé, membre du Parlement, et son Principal Secrétaire d'Etat ayant le Département des affaires étrangères;

Sa Majesté le Roi de Prusse, le Sieur Henri Guillaume, Baron de Bulow, son Chambellan, Conseiller intime de Légation, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près Sa Majesté Britannique et Chevalier de plusieurs ordres;

Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, le Sieur Christoph Prince de Lieven, général d'Infanterie de ses Armées, son Aide de camp général, Ambassadeur extraordinaire et Plénipotentiaire près Sa Majesté Britannique, Chevalier des ordres de Russie, Grand-croix de l'Aigle noir et de l'Aigle rouge de Prusse, de l'ordre royal des Guelphes, Commandeur Grand-croix de l'Epée de Suède et commandeur de l'ordre de St. Jean de Jerusalem; et le Sieur Adam Comte Matuszewic, Conseiller privé de Sa dite Majesté, Chevalier de l'ordre de Sainte Anne de la première classe, Grand-croix de l'ordre de St. Vladimir de la seconde, Grand-croix de l'ordre de l'Aigle rouge de Prusse de la première classe, Commandeur de l'ordre de Léopold d'Autriche et de plusieurs autres ordres étrangers;

Et Sa Majesté le Roi des Belges, le Sieur Sylvain Van de Weyer, son Envoyé extraordinaire près Sa Majesté Britannique;

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, ont arrêté et signé les Articles qui suivent:

Art. I. Le territoire Belge se composera des provinces de *Brabant méridional*, *Liége*, *Namur*, *Hainaut*, *Flandre occidentale*, *Flandre orientale*, *Anvers* et *Limbourg*, telles qu'elles ont fait partie du Royaume-uni des Pays-Bas, constitué en 1815, à l'exception des districts de la province de Limbourg désignés dans l'art. IV.

Le territoire Belge comprendra, en outre, la partie du Grand-duché de Luxembourg indiquée dans l'art. II.

Art. II. Dans le Grand-duché de Luxembourg, les limites du territoire Belge seront telles qu'elles vont être décrites ci-dessous.

A partir de la frontière de France entre *Rodange*, qui restera au Grand-duché de Luxembourg, et *Athus*, qui appartiendra à la Belgique, il

sera tiré d'après la carte ci-jointe, une ligne qui, laissant à la Belgique la route *d'Arlon à Longwy*, la ville *d'Arlon* avec sa banlieu, et la route *d'Arlon à Bastogne*, passera entre *Messancy*, qui sera sur le territoire belge et *Clémency*, qui restera au Grand-duché de Luxembourg, pour aboutir à *Steinfort*, lequel endroit restera également au Grand-duché. De Steinfort, cette ligne sera prolongée, dans la direction *d'Eischen*, de *Hecbus*, *Guirsch*, *Oberpalen*, *Grende*, *Nothomb*, *Parette* et *Perlé*, jusqu'à *Martelange: Hecbus*, *Guirsch*, *Grende*, *Nothomb* et *Parette*, devant appartenir à la Belgique, et *Eischen*, *Oberpalen*, *Perlé* et *Martelange* au Grand-duché. De *Martelange*, la dite ligne descendra le cours de la *Sûre*, dont le *Thalweg* servira de limite entre les deux Etats, jusque vis-à-vis *Tiutange*, d'où elle sera prolongée, aussi directement que possible, vers la frontière actuelle de l'arrondissement de *Diekirch*, et passera entre *Surret*, *Harlange*, *Tarchamps*, qu'elle laissera au Grand-duché de Luxembourg, et *Honville*, *Hivarchamp* et *Loutermange*, qui feront partie du territoire belge; atteignant ensuite, aux environs de *Doncols* et de *Sonlez*, qui resteront au Grand-duché, la frontière actuelle de l'arrondissement de *Diekirch*, la ligne en question suivra la dite frontière jusqu'à celle du territoire prussien: tous les territoires, villes, places et lieux situés à l'ouest de cette ligne, appartiendront à la Belgique, et tous les territoires, villes, places et lieux situés à l'est de cette même ligne, continueront d'appartenir au Grand-duché de Luxembourg.

Il est entendu qu'en traçant cette ligne, et en se conformant, autant que possible, à la description qui en a été faite ci-dessus, ainsi qu'aux indications de la carte jointe, pour plus de clarté, au présent article, les commissaires-démarcateurs dont il est fait mention dans l'art. VI auront égard aux localités, ainsi qu'aux convenances qui pourront en résulter mutuellement.

Art. III. Pour les cessions faites dans l'article précédent, il sera assigné à S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-duc de Luxembourg, une indemnité territoriale dans la province de Limbourg.

Art. IV. En exécution de la partie de l'article premier, relative à la province de Limbourg, et par suite des cessions indiquées dans l'article II, il sera assigné à S. M. le Roi des Pays-Bas, soit en sa qualité de Grand-duc de Luxembourg, soit pour être réunis à la Hollande, les territoires dont les limites sont indiquées ci-dessous.

1. *Sur la rive droite de la Meuse:* aux anciennes enclaves hollandaises sur la dite rive de la province de Limbourg, seront joints les districts de cette même province sur cette rive, qui n'appartenaient pas aux Etats-Généraux en 1790; de façon que la partie de la province actuelle de Limbourg située sur la rive droite de la Meuse, et comprise entre ce fleuve à l'ouest, la frontière du territoire prussien à l'est, la frontière actuelle de la province de Liége au midi, et la Gueldre hollandaise au nord, appartiendra désormais tout entière à S. M. le Roi des Pays-Bas, soit en sa qualité de Grand-duc de Luxembourg, soit pour être réunie à la Hollande.

2. *Sur la rive gauche de la Meuse:* à partir du point le plus méridional de la province hollandaise du Brabant septentrional, il sera tiré, d'après la carte ci-jointe, une ligne qui aboutira à la Meuse au-dessous de *Wessem*, entre cet endroit et *Stevenswaardt*, au point où se touchent, sur la rive gauche de la Meuse, les frontières des arrondissemens actuels de *Ruremonde* et de *Maestricht;* de manière que *Bergerot, Stamproy, Neer-Itteren, Ittervoord* et *Thorn*, avec leurs banlieues, ainsi que tous les autres endroits situés au nord de cette ligne, feront partie du territoire hollandais.

Les anciennes enclaves hollandaises dans la province de Limbourg sur la rive gauche de la Meuse appartiendront à la Belgique, à l'exception de la ville de *Maestricht*, laquelle, avec un rayon de territoire de douze cents toises, à partir du glacis extérieur de la place sur la dite rive de ce fleuve, continuera d'être possédée en toute souveraineté et propriété par S. M. le Roi des Pays-Bas.

Art. V. Il sera réservé à S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-duc de Luxembourg, de s'entendre avec la Confédération germanique et les agnats de la maison de Nassau, sur l'application des stipulations renfermées dans les articles III et IV, ainsi que sur tous les arrangemens que les dits articles pourraient rendre nécessaires, soit avec les agnats ci-dessus nommés de la maison de Nassau, soit avec la Confédération germanique.

Art. VI. Moyennant les arrangemens territoriaux arrêtés ci-dessus, chacune des deux parties renonce réciproquement pour jamais à toute prétention sur les territoires, villes, places et lieux situés dans les limites des possessions de l'autre partie, telles qu'elles se trouvent décrites dans les articles I, II et IV.

Les dites limites seront tracées, conformément à ces mêmes articles, par des commissaires-démarcateurs belges et hollandais, qui se réuniront le plutôt possible en la ville de Maestricht.

Art. VII. La Belgique, dans les limites indiquées aux articles I, II et IV, formera un Etat indépendant et perpétuellement neutre. Elle sera tenue d'observer cette même neutralité envers tous les autres Etats.

Art. VIII. L'écoulement des eaux des Flandres sera réglé entre la Hollande et la Belgique d'après les stipulations arrêtées à cet égard dans l'article VI du traité définitif, conclu entre S. M. l'Empereur d'Allemagne et les Etats-Généraux, le 8. Novembre 1785; et, conformément au dit article, des commissaires, nommés de part et d'autre, s'entendront sur l'application des dispositions qu'il consacre.*)

---

*) Art. VI du Traité de Fontainebleau, du 8. Novembre 1785.

LL. HH. PP. feront régler de la manière la plus convenable, à la satisfaction de l'Empereur, l'écoulement des eaux des pays de S. M., en Flandre et du côté de la Meuse, afin de prévenir, autant que possible, les inondations. LL. HH. PP. consentent même qu'à cette fin il soit fait usage, sur un pied raisonnable, du terrain nécessaire sous leur domination. Les écluses qui seront construites à cet effet sur le territoire des Etats-Généraux, resteront sous leur souveraineté, et il

Art. IX. Les dispositions des articles 108 — 117 inclusivement de l'acte général du Congrès de Vienne, relatives à la libre navigation des fleuves et rivières navigables, seront appliquées aux fleuves et rivières navigables qui séparent ou traversent à la fois le territoire belge et le territoire hollandais.

En ce qui concerne spécialement la navigation de l'Escaut, il sera convenu que le pilotage et le balisage, ainsi que la conservation des passes de l'Escaut en aval d'Anvers, seront soumis à une surveillance commune; que cette surveillance commune sera exercée par des commissaires nommés à cet effet de part et d'autre; que des droits de pilotage modérés seront fixés d'un commun accord, et que ces droits seront les mêmes pour le commerce hollandais et pour le commerce belge.

Il est également convenu que la navigation des eaux intermédiaires entre l'Escaut et le Rhin, pour arriver d'Anvers au Rhin et vice versâ, restera réciproquement libre, et qu'elle ne sera assujettie qu'à des péages modérés, qui seront provisoirement les mêmes pour le commerce des deux pays.

Des commissaires se réuniront de part et d'autre à Anvers, dans le délai d'un mois, tant pour arrêter le montant définitif et permanent de ces péages, qu'afin de convenir d'un réglement général pour l'exécution des dispositions du présent article, et d'y comprendre l'exercice du droit de pêche et de commerce de pêcherie dans toute l'étendue de l'Escaut, sur le pied d'une parfaite réciprocité en faveur des sujets des deux pays.

En attendant, et jusqu'à ce que le dit réglement soit arrêté, la navigation des fleuves et rivières navigables, ci-dessus mentionnés, restera libre au commerce des deux pays, qui adopteront provisoirement à cet égard les tarifs de la convention signée le 31. Mars 1831, à Mayence, pour la libre navigation du Rhin, ainsi que les autres dispositions de cette convention, en autant qu'elles pourront s'appliquer aux fleuves et rivières navigables, qui séparent et traversent à la fois le territoire hollandais et le territoire belge.

Art. X. L'usage des canaux qui traversent à la fois les deux pays continuera d'être libre et commun à leurs habitans.

Il est entendu qu'ils en jouiront réciproquement et aux mêmes conditions, et que, de part et d'autre, il ne sera perçu sur la navigation des canaux que des droits modérés.

Art. XI. Les communications commerciales par la ville de Maestricht, et par celle de Sittard, resteront entièrement libres, et ne pourront être entravées sous aucun prétexte.

L'usage des routes qui, en traversant ces deux villes, conduisent aux frontières de l'Allemagne, ne sera assujetti qu'au payement de droits de barrière modérés pour l'entretien de ces routes, de telle sorte que le commerce

---

n'en sera construit dans aucun endroit de leur territoire, qui pourraient nuire à la défense de leurs frontières. Il sera nommé respectivement, dans le terme d'un mois après l'échange des ratifications, des commissaires qui seront chargés de déterminer les emplacemens les plus convenables pour les dites écluses; ils conviendront ensemble de celles qui devront être soumises à une régie commune.

de transit n'y puisse éprouver aucun obstacle, et que, moyennant les droits ci-dessus mentionnés, ces routes soient entretenues en bon état et propres à faciliter ce commerce.

Art. XII. Dans le cas où il aurait été construit en Belgique une nouvelle route, ou creusé un nouveau canal, qui aboutirait à la Meuse vis-à-vis le canton hollandais de Sittard, alors il serait loisible à la Belgique de demander à la Hollande, qui ne s'y refuserait pas dans cette supposition, que la dite route ou le dit canal fussent prolongés d'après le même plan, entièrement aux frais et dépens de la Belgique, par le canton de Sittard jusqu'aux frontières de l'Allemagne. Cette route, ou ce canal, qui ne pourraient servir que de communication commerciale, seraient construits, au choix de la Hollande, soit par des ingénieurs et ouvriers que la Belgique obtiendrait l'autorisation d'employer à cet effet dans le canton de Sittard, soit par des ingénieurs et ouvriers que la Hollande fournirait, et qui exécuteraient, aux frais de la Belgique, les travaux convenus; le tout sans charge aucune pour la Hollande, et sans préjudice de ses droits de souveraineté exclusifs sur le territoire que traverserait la route ou le canal en question.

Les deux parties fixeraient, d'un commun accord, le montant et le mode de perception des droits et des péages qui seraient prélevés sur cette même route ou canal.

Art. XIII. §. 1. A partir du 1er Janvier 1832, la Belgique, du chef du partage des dettes publiques du Royaume-uni des Bays-Bas, restera chargée d'une somme de huit millions quatre cent mille florins des Pays-Bas de rentes annuelles, dont les capitaux seront transférés du débet du grand-livre à Amsterdam, ou du débet du trésor général du Royaume-uni des Pays-Bas, sur le débet du grand-livre de la Belgique.

§. 2. Les capitaux transférés et les rentes inscrites sur le débet du grand-livre de la Belgique par suite du paragraphe précédent, jusqu'à la concurrence de la somme totale de huit millions quatre cent mille florins des Pays-Bas de rentes annuelles, seront considérés comme faisant partie de la dette nationale belge; et la Belgique s'engage à n'admettre, ni pour le présent, ni pour l'avenir, aucune distinction entre cette portion de sa dette publique, provenant de sa réunion avec la Hollande, et toute autre dette nationale belge déjà créée ou à créer.

§. 3. L'acquittement de la somme de rentes annuelles ci-dessus mentionnée de huit millions quatre cent mille florins des Pays-Bas, aura lieu régulièrement de semestre en semestre soit à Bruxelles, soit à Anvers, en argent comptant, sans déduction aucune, de quelque nature que ce puisse être, ni pour l'avenir.

§. 4. Moyennant la création de la dite somme de rentes annuelles de huit millions quatre cent mille florins, la Belgique se trouvera déchargée envers la Hollande de toute obligation du chef du partage des dettes publiques du Royaume-uni des Pays-Bas.

§. 5. Des commissaires nommés de part et d'autre se réuniront, dans le délai de quinze jours, en la ville d'Utrecht, afin de procéder à la liquidation du fonds du syndicat d'amortissement et de la banque de Bruxelles, chargés du service du trésor général du Royaume-uni des Pays-Bas. Il ne pourra résulter de cette liquidation aucune charge nouvelle pour la Belgique, la somme de huit millions quatre cent mille florins de rentes annuelles comprenant le total de ses passifs. Mais s'il découlait un actif de la dite liquidation, la Belgique et la Hollande le partageront dans la proportion des impôts acquittés par chacun des deux pays pendant leur réunion, d'après les budgets consentis par les Etats-Généraux du Royaume-uni des Pays-Bas.

§. 6. Dans la liquidation du syndicat d'amortissement seront comprises les créances sur les domaines dites Domein-losrenten. Elles ne sont citées dans le présent article que pour mémoire.

§. 7. Les commissaires hollandais et belges, mentionnées au §. 3. du présent article, et qui doivent se réunir en la ville d'Utrecht, procéderont, outre la liquidation dont ils sont chargés, au transfert des capitaux et rentes qui, du chef du partage des dettes publiques du Royaume-uni des Pays-Bas, doivent retomber à la charge de la Belgique, jusqu'à la concurrence de huit millions quatre cent mille florins de rentes annuelles.

Ils procéderont aussi à l'extradition des archives, cartes, plans et documens quelconques appartenant à la Belgique, ou concernant son administration.

Art. XIV. La Hollande ayant fait exclusivement, depuis le 1. Novembre 1830, toutes les avances nécessaires au service de la totalité des dettes publiques du royaume des Pays-Bas, et devant les faire encore pour le semestre échéant au 1. Janvier 1832, il est convenu que les dites avances, calculées depuis le 1. Novembre 1830 jusqu'au 1. Janvier 1832, pour quatorze mois, au pro rata de la somme de huit millions quatre cent mille florins des Pays-Bas de rentes annuelles, dont la Belgique reste chargée, seront remboursées par tiers au trésor hollandais par le trésor belge.

Le premier tiers de ce remboursement sera acquitté par le trésor belge au trésor hollandais le 1. Janvier 1832, le second le 1. Avril et le troisième le 1. Juillet de la même année; sur ces deux derniers tiers il sera bonifié à la Hollande un intérêt calculé à raison de cinq pour cent par an, jusqu'à parfait acquittement aux susdites échéances.

Art. XV. Le port d'Anvers, conformément aux stipulations de l'article 13 du traité de Paris du 30. Mai 1814, continuera d'être uniquement un port de commerce.

Art. XVI. Les ouvrages d'utilité publique ou particulière, tels que canaux, routes, ou autres de semblable nature, construits en tout ou en partie aux frais du Royaume-uni des Pays-Bas, appartiendront, avec les avantages et les charges qui y sont attachés, au pays où ils sont situés.

Il est entendu que les capitaux empruntés pour la construction de ces ouvrages, et qui y sont spécialement affectés, seront compris dans les dites

charges pour autant qu'ils ne sont pas encore remboursés, et sans que les remboursemens déjà effectués puissent donner lieu à liquidation.

Art. XVII. Les séquestres qui auraient été mis en Belgique, pendant les troubles, pour cause politique, sur des biens et domaines patrimoniaux quelconques, seront levés sans nul rétard, et la jouissance des biens et domaines susdits sera immédiatement rendue aux légitimes propriétaires.

Art. XVIII. Dans les deux pays dont la séparation a lieu en conséquence des présens articles, les habitans et propriétaires, s'ils veulent transférer leur domicile d'un pays à l'autre, auront la liberté de disposer pendant deux ans de leurs propriétés meubles ou immeubles, de quelque nature qu'elles soient, de les vendre, et d'emporter le produit de ces ventes, soit en numéraire, soit en autres valeurs, sans empêchement ou acquittement de droits autres que ceux qui sont aujourd'hui en vigueur dans les deux pays pour les mutations et transferts.

Il est entendu que renonciation est faite pour le présent et pour l'avenir, à la perception de tout droit d'aubaine et de détraction sur les personnes et sur les biens des Hollandais en Belgique, et des Belges en Hollande.

Art. XIX. La qualité de sujet mixte, quant à la propriété, sera reconnue et maintenue.

Art. XX. Les dispositions des articles XI jusqu'à XXI inclusivement du traité conclu entre l'Autriche et la Russie le 3. Mai 1815, qui fait partie intégrante de l'acte général du Congrès de Vienne, dispositions relatives aux propriétaires mixtes, à l'élection de domicile qu'ils sont tenus de faire, aux droits qu'ils exerceront comme sujets de l'un ou de l'autre état, et aux rapports de voisinage dans les propriétés coupées par les frontières, seront appliquées aux propriétaires ainsi qu'aux propriétés qui, en Hollande, dans le Grand-duché de Luxembourg ou en Belgique, se trouveront dans les cas prévus par les susdites dispositions des actes du Congrès de Vienne.

Les droits d'aubaine et de détraction étant abolis dès à présent entre la Hollande, le Grand-duché de Luxembourg et la Belgique, il est entendu que, parmi les dispositions ci-dessus mentionnées, celles qui se rapporteraient aux droits d'aubaine et de détraction seront censées nulles et sans effet dans les trois pays.

Art. XXI. Personne, dans les pays qui changent de domination, ne pourra être recherché ni inquiété en aucune manière, pour cause quelconque de participation directe ou indirecte aux évènemens politiques.

Art. XXII. Les pensions et traitemens d'attente, de non-activité et de réforme, seront acquittés à l'avenir, de part et d'autre, à tous les titulaires, tant civils que militaires, qui y ont droit conformément aux lois en vigueur avant le 1. Novembre 1830.

Il est convenu que les pensions et traitemens susdits des titulaires nés sur les territoires qui constituent aujourd'hui la Belgique, resteront à la charge du trésor belge, et les pensions et traitemens des titulaires nés sur les territoires qui constituent aujourd'hui la Hollande, à celle du trésor Hollandais.

Art. XXIII. Toutes les réclamations des sujets belges sur des établissemens particuliers, tels que fonds de veuves, et fonds connus sous la dénomination des fonds des leges, et de la caisse des retraites civiles et militaires, seront examinées par la commission mixte de liquidation, dont il est question dans l'art. XIII, et resolues d'après la teneur des réglemens qui régissent ces fonds ou caisses.

Les cautionnemens fournis ainsi que les versemens faits par les comptables belges, les dépôts judiciaires, et les consignations seront également restitués aux titulaires sur la représentation de leurs titres.

Si, du chef des liquidations dites Françaises, des sujets belges avaient encore à faire valoir des droits d'inscription, ces réclamations seront également examinées par la dite commission.

Art. XXIV. Aussitôt après l'échange des ratifications du traité à intervenir entre les deux parties, les ordres nécessaires seront envoyés aux commandans des troupes respectives, pour l'évacuation des territoires, villes, places et lieux qui changent de domination. Les autorités civiles y recevront aussi, en même temps, les ordres nécessaires pour la remise de ces territoires, villes, places et lieux, aux commissaires qui seront désignés, à cet effet, de part et d'autre.

Cette évacuation et cette remise s'effectueront de manière à pouvoir être terminées dans l'espace de quinze jours, ou plutôt si faire se peut.

Art. XXV. Les cours d'Autriche, de France, de la Grande-Bretagne, de Prusse et de Russie, garantissent à Sa Majesté le Roi des Belges l'exécution de tous les articles qui précèdent.

Art. XXVI. A la suite des stipulations du présent traité, il y aura paix et amitié entre Sa Majesté, le Roi des Belges, d'une part, et leurs Majestés, l'Empereur d'Autriche, le Roi des Français, le Roi de la Grande-Bretagne, le Roi de Prusse et l'Empereur de toutes les Russies de l'autre part, leurs héritiers et successeurs, leurs Etats et sujets respectifs, à perpétuité.

Art. XXVII. Le présent traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées à Londres, dans le terme de deux mois ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé, et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Londres, le 15. Novembre de l'an de grâce 1831.

(L. S.) *S. van de Weyer.*
(L. S.) *Esterhazy.*
(L. S.) *Wessenberg.*
(L. S.) *Talleyrand.*
(L. S.) *Palmerston.*
(L. S.) *Bulow.*
(L. S.) *Lieven.*
(L. S.) *Matuszewic.*

IV.

Traité

entre la France, l'Autriche, la Grande-Bretagne, la Prusse et la Russie, d'une part, et les Pays-Bas de l'autre part, relatif à la séparation de la Belgique d'avec les Pays-Bas,

conclu et signé à

LONDRES,

le 19. Avril 1839.

Au nom de la très-sainte et indivisible Trinité.

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, S. M. le Roi des Français, S. M. la Reine du Royaume-uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, S. M. le Roi de Prusse et S. M. l'Empereur de toutes les Russies, ayant pris en considération leur traité conclu avec S. M. le Roi des Belges, le 15. Novembre 1831, et S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-duc de Luxembourg, étant disposé à conclure un arrangement définitif sur la base des 24 articles arrêtés par les plénipotentiaires de France, d'Autriche, de la Grande-Bretagne, de Prusse et de Russie, le 14. Octobre 1831, leurs dites Majestés ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir:

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème: le sieur Frédéric-Chrétien-Louis, comte de *Senfft-Pilsach*, grand'-croix de l'ordre impérial de Léopold et de celui de Saint-Joseph de Toscane, grand'-croix décoré du grand-cordon de l'ordre des Saints Maurice et Lazare, chevalier des ordres de Saint-Jean de Jérusalem et de l'Aigle-Blanc, grand'-croix de la Légion-d'Honneur, de l'ordre du Mérite de Saxe et de celui de Saint-Stanislas etc. etc., chambellan et conseiller intime actuel de S. M. impériale et royale apostolique, et son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près S. M. le Roi des Pays-Bas;

S. M. le Roi des Français: le sieur Horace-François-Bastien, comte *Sébastiani-Porta*, grand'-croix de son ordre royal de la Légion-d'Honneur, grand-cordon des ordres du Croissant de Turquie, de Léopold de Belgique, de Saint-Ferdinand de Naples, du Saint-Sauveur de Grèce, chevalier de l'ordre de la Couronne de Fer etc. etc., lieutenant-général de ses armées, membre de la Chambre des députés de France, son ambassadeur extraordinaire et ministre plénipotentiaire près S. M. Britannique;

S. M. la Reine du royaume-uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande: le très-honorable Henri-Jean, vicomte *Palmerston*, baron Temple, pair d'Irlande, conseiller de S. M. Britannique en son conseil privé, chevalier grand'-croix du très-honorable ordre du Bain, membre du parlement et principal secrétaire d'état de S. M. Britannique pour les affaires étrangères;

S. M. le Roi de Prusse: le sieur Henri-Guillaume, baron de *Bulow*, grand'-croix de l'ordre de l'Aigle-Rouge de Prusse de la seconde classe, grand'-croix de l'ordre royal des Guelphes, commandeur des ordres de Saint-Stanislas de Russie et du Faucon de Saxe-Weimar etc., son chambellan, conseiller intime de légation, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près S. M. Britannique;

S. M. l'Empereur de toutes les Russies: le sieur Charles-André, comte *Pozzo di Borgo*, général d'infanterie de ses armées, son aide-de-camp-général, ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire près S. M. Britannique, chevalier des ordres de Russie et de l'ordre militaire de Saint-Georges de la quatrième classe, chevalier de l'ordre de la Toison-d'Or, grand'-croix de l'ordre royal de Saint-Etienne de Hongrie, de l'Aigle-Noir et de l'Aigle-Rouge de Prusse, de l'ordre de la Tour et de l'Epée de Portugal, de l'ordre de Saint-Ferdinand de Naples, de l'ordre royal des Guelphes, commandeur grand'-croix de l'ordre du Bain etc. etc.;

Et S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-duc de Luxembourg: le sieur Salomon *Dedel*, commandeur de l'ordre du Lion néerlandais, commandeur de l'ordre de l'Etoile polaire de Suède, son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près S. M. Britannique;

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins-pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivans:

Art. I. S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-duc de Luxembourg, s'engage à faire immédiatement convertir en traité avec S. M. le Roi des Belges les articles annexés*) au présent acte, et arrêtés d'un commun accord sous les auspices des Cours de France, d'Autriche, de la Grande-Bretagne, de Prusse et de Russie.

Art. II. S. M. le Roi des Français, S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, S. M. la Reine du royaume-uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, S. M. le Roi de Prusse et S. M. l'Empereur de toutes les Russies déclarent que les articles mentionnés dans l'article qui précède sont considérés comme ayant la même force et valeur que s'ils étaient insérés textuellement dans le présent acte, et qu'ils se trouvent ainsi placés sous la garantie de leurs dites Majestés.

Art. III. L'union qui a existé entre la Hollande et la Belgique, en vertu du traité de Vienne du 31. Mai 1815, est reconnue par S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-duc de Luxembourg, être dissoute.

Art. IV. Le présent traité sera ratifié, et les ratifications en seront échangées, à Londres, dans le délai de six semaines, ou plutôt si faire se peut. L'échange de ces ratifications aura lieu en même temps que celui des ratifications du traité entre la Hollande et la Belgique.

---

*) Ils sont textuellement reproduits dans les premiers 24 Articles du traité suivant.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé le présent traité et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Londres, le 19. Avril de l'an de grâce 1839.

(L. S.) *H. Sebastiani.* (L. S.) *Bulow.*
(L. S.) *Senfft.* (L. S.) *Pozzo di Borgo.*
(L. S.) *Palmerston.* (L. S.) *Dedel.*

Traité

entre la Belgique et la Hollande, relatif à la séparation de leurs territoires respectifs,

signé à

LONDRES,

le 19. Avril 1839.

Au nom de la très-sainte et indivisible Trinité.

Sa Majesté le Roi des Belges et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, prenant en considération leurs traités conclus avec les Cours d'Autriche, de France, de la Grande-Bretagne, de Prusse et de Russie, savoir: par Sa Majesté le Roi des Belges, le 15. Novembre 1831, et par Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, en ce jour, leurs dites Majestés ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté le Roi des Belges, le sieur Sylvain van de Weyer, son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près Sa Majesté Britannique, officier de l'ordre de Léopold, grand-croix de l'ordre d'Ernest de Saxe, de l'ordre de la Tour et de l'Epée, de l'ordre militaire et religieux de Saints Maurice et Lazare, commandeur de l'ordre royal de la Légion d'honneur etc. etc.

et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-duc de Luxembourg, le sieur Salomon Dedel, commandeur de l'ordre du Lion néerlandais, commandeur de l'ordre de l'Etoile polaire de Suède, son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près Sa Majesté Britannique.

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. I. Le territoire Belge se composera des provinces de Brabant méridional,
Liége,
Namur,
Hainaut,
Flandre occidentale,
Flandre orientale,
Anvers et
Limbourg,
telles qu'elles ont fait partie du Royaume-uni des Pays-Bas, constitué en 1815, à l'exception des districts de la province de Limbourg désignés à l'art. IV.

Le territoire Belge comprendra, en outre, la partie du Grand-duché de Luxembourg indiquée dans l'art. II.

Art. II. Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, consent à ce que, dans le grand-duché de Luxembourg, les limites du territoire Belge soient telles qu'elles vont être décrites ci-dessous.

A partir de la frontière de France entre *Rodange*, qui restera au Grand-duché de Luxembourg, et *Athus*, qui appartiendra à la Belgique, il sera tiré d'après la carte ci-jointe, une ligne qui, laissant à la Belgique la route *d'Arlon à Longwy*, la ville *d'Arlon* avec sa banlieue, et la route *d'Arlon à Bastogne*, passera entre *Messancy*, qui sera sur le territoire belge et *Clémency*, qui restera au Grand-duché de Luxembourg, pour aboutir à *Steinfort*, lequel endroit restera également au Grand-duché. De Steinfort, cette ligne sera prolongée, dans la direction *d'Eischen*, de *Hecbus*, *Guirsch*, *Oberpalen*, *Grende*, *Nothomb*, *Parette* et *Perlé*, jusqu'à *Martelange: Hecbus*, *Guirsch*, *Grende*, *Nothomb* et *Parette*, devant appartenir à la Belgique; et *Eischen*, *Oberpalen*, *Perlé* et *Martelange* au Grand-duché. De *Martelange*, la dite ligne descendra le cours de la *Sûre*, dont le *Thalweg* servira de limite entre les deux Etats, jusque vis-à-vis *Tintange*, d'où elle sera prolongée, aussi directement que possible, vers la frontière actuelle de l'arrondissement de *Diekirch*, et passera entre *Surret*, *Harlange*, *Tarchamps*, qu'elle laissera au Grand-duché de Luxembourg, et *Honville*, *Livarchamps* et *Loutremange*, qui feront partie du territoire belge; atteignant ensuite, aux environs de *Doncols* et de *Soulez*, qui resteront au Grand-duché, la frontière actuelle de l'arrondissement de *Diekirch*, la ligne en question suivra la dite frontière jusqu'à celle du territoire prussien. Tous les territoires, villes, places et lieux situés à l'ouest de cette ligne, appartiendront à la Belgique, et tous les territoires, villes, places et lieux situés à l'est de cette même ligne, continueront d'appartenir au Grand-duché de Luxembourg.

Il est entendu qu'en traçant cette ligne, et en se conformant, autant que possible, à la description qui en a été faite ci-dessus, ainsi qu'aux indications de la carte jointe, pour plus de clarté, au présent article, les commissaires-démarcateurs dont il est fait mention dans l'art. VI auront égard aux localités, ainsi qu'aux convenances qui pourront en résulter mutuellement.

Art. III. Pour les cessions faites dans l'article précédent, il sera assigné à S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-duc de Luxembourg, une indemnité territoriale dans la province de Limbourg.

Art. IV. En exécution de la partie de l'article premier, relative à la province de Limbourg, et par suite des cessions que Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, fait dans l'article II, Sa dite Majesté possédera, soit en qualité de Grand-Duc de Luxembourg, soit pour être réunis à la Hollande, les territoires dont les limites sont indiquées ci-dessous:

1. *Sur la rive droite de la Meuse:* aux anciennes enclaves hollandaises sur la dite rive dans la province de Limbourg, seront jointes les districts de cette même province sur cette même rive, qui n'appartenaient pas aux Etats-

Généraux en 1790, de façon que la partie de la province actuelle de Limbourg, située sur la rive droite de la Meuse, et comprise entre ce fleuve à l'ouest, la frontière du territoire prussien à l'est, la frontière actuelle de la province de Liége au midi, et la Gueldre hollandaise au nord, appartiendra désormais tout entière à S. M. le Roi des Pays-Bas, soit en sa qualité de Grand-duc de Luxembourg, soit pour être réunie à la Hollande;

2. *Sur la rive gauche de la Meuse:* à partir du point le plus méridional de la province hollandaise du Brabant septentrional, il sera tiré, d'après la carte ci-jointe, une ligne qui aboutira à la Meuse au-dessous de *Wessem*, entre cet endroit et *Stevenswaardt*, au point où se touchent, sur la rive gauche de la Meuse, les frontières des arrondissements actuels de Ruremonde et de Maestricht, de manière que Bergerot, Stamproy, Neer Itteren, Ittervoordt et Thorn, avec leurs banlieues, ainsi que tous les autres endroits situés au nord de cette ligne, feront partie du territoire hollandais.

Les anciennes enclaves hollandaises dans la province de Limbourg, sur la rive gauche de la Meuse, appartiendront à la Belgique, à l'exception de la ville de Maestricht, laquelle, avec un rayon de territoire de 1200 toises, à partir du glacis extérieur de la place sur la dite rive de ce fleuve, continuera d'être possédée en toute souveraineté et propriété par Sa Majesté le Roi des Pays-Bas.

Art. V. S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, s'entendra avec la Confédération Germanique et les agnats de la Maison de Nassau, sur l'application des stipulations renfermées dans les art. III et IV, ainsi que sur tous les arrangements que les dits articles pourraient rendre nécessaires, soit avec les agnats ci-dessus nommés de la Maison de Nassau, soit avec la Confédération Germanique.

Art. VI. Moyennant les arrangements territoriaux arrêtés ci-dessus, chacune des deux parties renonce réciproquement pour jamais à toute prétention sur les territoires, villes, places et lieux situés dans les limites des possessions de l'autre partie, telles qu'elles se trouvent décrites dans les art. I, II et IV.

Les dites limites seront tracées, conformément à ces mêmes articles, par des commissaires-démarcateurs belges et hollandais, qui se réuniront le plutôt possible en la ville de Maestricht.

Art. VII. La Belgique, dans les limites indiquées aux art. I, II et IV, formera un Etat indépendant et perpétuellement neutre.

Elle sera tenue d'observer cette même neutralité envers tous les autres Etats.

Art. VIII. L'écoulement des eaux des Flandres sera réglé entre la Belgique et la Hollande, d'après les stipulations arrêtées à cet égard dans l'art. VI du traité définitif conclu entre Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne et les Etats Généraux, le 8. Novembre 1785; et, conformément au dit article, des commissaires, nommés de part et d'autre, s'entendront sur l'application des dispositions qu'il consacre.

Art. IX. §. 1. Les dispositions des art. 108 jusqu'au 117 inclusivement de l'acte général du congrès de Vienne, relatives à la libre navigation des fleuves et rivières navigables, seront appliquées aux fleuves et rivières navigables qui séparent ou traversent à la fois le territoire belge et le territoire hollandais.

§. 2. En ce qui concerne spécialement la navigation de l'Escaut et de ses embouchures, il est convenu que le pilotage et le balisage, ainsi que la conservation des passes de l'Escaut en aval d'Anvers, seront soumis à une surveillance commune, et que cette surveillance commune sera exercée par des commissaires nommés à cet effet de part et d'autre; des droits de pilotage modérés seront fixés d'un commun accord, et ces droits seront les mêmes pour les navires de toutes les nations.

En attendant et jusqu'à ce que ces droits soient arrêtés, il ne pourra être perçu des droits de pilotage plus élevés que ceux qui ont été établis par le tarif de 1829, pour les bouches de la Meuse, depuis la pleine mer jusqu'à Helvoet, et de Helvoet jusqu'à Rotterdam, en proportion des distances. Il sera au choix de tout navire se rendant de la pleine mer en Belgique, ou de la Belgique en pleine mer par l'Escaut, de prendre tel pilote qu'il voudra; et il sera loisible d'après cela aux deux pays d'établir, dans tout le cours de l'Escaut et à son embouchure, les services de pilotage qui seront jugés nécessaires pour fournir les pilotes. Tout ce qui est relatif à ces établissements sera déterminé par le réglement à intervenir conformément au §. 6 ci-après. Le service de ces établissements sera sous la surveillance commune mentionnée au commencement du présent paragraphe. Les deux gouvernements s'engagent à conserver les passes navigables de l'Escaut et de ses embouchures, et à y placer et y entretenir les balises et bouées nécessaires, chacun pour sa partie du fleuve.

§. 3. Il sera perçu par le gouvernement des Pays-Bas sur la navigation de l'Escaut et de ses embouchures, un droit unique de florin 1, 50 par tonneau, savoir florin 1, 12 pour les navires qui, arrivant de la pleine mer, remonteront l'Escaut occidental pour se rendre en Belgique par l'Escaut ou par le canal de Terneuse; et de fl. 0, 38 par tonneau des navires qui, arrivant de la Belgique par l'Escaut ou par le canal de Terneuse, descendront l'Escaut occidental pour se rendre dans la pleine mer. Et afin que les dits navires ne puissent être assujettis à aucune visite, ni à aucun retard ou entrave quelconque dans les rades hollandaises, soit en remontant l'Escaut de la pleine mer, soit en descendant l'Escaut pour se rendre en pleine mer, il est convenu que la perception du droit sus-mentionné aura lieu par les agents néerlandais à Anvers et à Terneuse. De même, les navires arrivant de la pleine mer pour se rendre à Anvers par l'Escaut occidental et venant d'endroits suspects sous le rapport sanitaire, auront la faculté de continuer leur route sans entrave ni retard, accompagnés d'un garde de santé, et de se rendre ainsi au lieu de leur destination. Les navires se rendant d'Anvers à Terneuse, et *vice versâ*, ou faisant dans le fleuve même le cabotage ou la pêche (ainsi

que l'exercice de celle-ci sera réglé en conséquence du §. 6 ci-après), ne seront assujettis à aucun droit.

§. 4. La branche de l'Escaut, dite l'Escaut oriental, ne servant point, dans l'état actuel des localités, à la navigation de la pleine mer à Anvers et à Terneuse, et *vice versâ*, mais étant employée à la navigation entre Anvers et le Rhin, celle-ci ne pourra être grevée, dans tout son cours, de droits ou péages plus élevés que ceux qui sont perçus, d'après les tarifs de Mayence, du 31. Mars 1831, sur la navigation de Gorcum jusqu'à la pleine mer, en proportion des distances.

§. 5. Il est également convenu que la navigation des eaux intermédiaires entre l'Escaut et le Rhin, pour arriver d'Anvers au Rhin, et *vice versâ*, restera réciproquement libre, et qu'elle ne sera assujettie qu'à des péages modérés, qui seront les mêmes pour le commerce des deux pays.

§. 6. Des commissaires se réuniront de part et d'autre à Anvers, dans le délai d'un mois, tant pour arrêter le montant définitif et permanent de ces péages, qu'afin de convenir d'un réglement général pour l'exécution des dispositions du présent article, et d'y comprendre l'exercice du droit de pêche et du commerce de pêcherie dans toute l'étendue de l'Escaut, sur le pied d'une parfaite réciprocité en faveur des sujets des deux pays.

§. 7. En attendant, et jusqu'à ce que le dit réglement soit arrêté, la navigation de la Meuse et de ses embranchements restera libre au commerce des deux pays, qui adopteront provisoirement, à cet égard, les tarifs de la convention, signée le 31. Mars 1831, à Mayence, pour la libre navigation du Rhin, ainsi que les autres dispositions de cette convention en autant qu'elles pourront s'appliquer à la dite rivière.

§. 8. Si des évènemens naturels ou des travaux d'art venaient, par la suite, à rendre impraticables les voies de navigation indiquées au présent article, le gouvernement des Pays-Bas assignera à la navigation belge d'autres voies aussi sûres et aussi bonnes et commodes en remplacement des dites voies de navigation devenues impraticables.

Art. X. L'usage des canaux qui traversent à la fois les deux pays, continuera d'être libre et commun à leurs habitans.

Il est entendu qu'ils en jouiront réciproquement, et aux mêmes conditions; et que, de part et d'autre, il ne sera perçu sur la navigation des dits canaux que des droits modérés.

Art. XI. Les communications commerciales par la ville de Maestricht, et par celle de Sittard, resteront entièrement libres, et ne pourront être entravées sous aucun prétexte.

L'usage des routes qui, en traversant ces deux villes, conduisent aux frontières de l'Allemagne, ne sera assujetti qu'au payement de droits de barrière modérés pour l'entretien de ces routes, de telle sorte que le commerce de transit n'y puisse éprouver aucun obstacle, et que, moyennant les droits ci-dessus mentionnés, ces routes soient entretenues en bon état et propres à faciliter ce commerce.

Art. XII. Dans le cas où il aurait été construit en Belgique une nouvelle route, ou creusé un nouveau canal, qui aboutirait à la Meuse vis-à-vis le canton hollandais de Sittard, alors il serait loisible à la Belgique de demander à la Hollande, qui ne s'y refuserait pas dans cette supposition, que la dite route ou le dit canal fussent prolongés d'après le même plan, entièrement aux frais et dépens de la Belgique, par le canton de Sittard, jusqu'aux frontières de l'Allemagne. Cette route ou ce canal, qui ne pourraient servir que de communication commerciale, seraient construits, au choix de la Hollande, soit par des ingénieurs et ouvriers que la Belgique obtiendrait l'autorisation d'employer à cet effet dans le canton de Sittard, soit par des ingénieurs et ouvriers que la Hollande fournirait, et qui exécuteraient, aux frais de la Belgique, les travaux convenus, le tout sans charge aucune pour la Hollande, et sans préjudice de ses droits de souveraineté exclusifs sur le territoire que traverserait la route ou le canal en question.

Les deux parties fixeraient, d'un commun accord, le montant et le mode de perception des droits et péages qui seraient prélevés sur cette même route ou canal.

Art. XIII. §. 1. A partir du 1. Janvier 1839, la Belgique, du chef du partage des dettes publiques du royaume des Pays-Bas, restera chargée d'une somme de cinq millions de florins des Pays-Bas de rente annuelle, dont les capitaux seront transférés du débet du grand-livre d'Amsterdam ou du débet du trésor général du royaume des Pays-Bas, sur le débet du grand-livre de la Belgique.

§. 2. Les capitaux transférés et les rentes inscrites sur le débet du grand-livre de la Belgique, par suite du paragraphe précédent, jusqu'à la concurrence de la somme totale de 5000000 florins des Pays-Bas de rente annuelle, seront considérés comme faisant partie de la dette nationale belge, et la Belgique s'engage à n'admettre, ni pour le présent ni pour l'avenir, aucune distinction entre cette portion de sa dette publique, provenant de sa réunion avec la Hollande, et toute autre dette nationale belge déjà créée ou à créer.

§. 3. L'acquittement de la somme de rentes annuelles ci-dessus mentionnées de 5000000 florins des Bays-Bas, aura lieu régulièrement de semestre en semestre soit à Bruxelles, soit à Anvers, en argent comptant, sans déduction aucune de quelque nature que ce puisse être, ni pour le présent ni pour l'avenir.

§. 4. Moyennant la création de la dite somme de rentes annuelles de 5000000 florins la Belgique se trouvera déchargée envers la Hollande de toute obligation du chef du partage des dettes publiques du royaume des Pays-Bas.

§. 5. Des commissaires nommés de part et d'autre se réuniront dans le délai de quinze jours, après l'échange des ratifications du présent traité, en la ville d'Utrecht, afin de procéder au transfert des capitaux et rentes qui, du chef du partage des dettes publiques du royaume des Pays-Bas, doivent passer à la charge de la Belgique jusqu'à la concurrence de 5000000

florins de rente annuelle. Ils procéderont aussi à l'extradition des archives, cartes, plans et documents quelconques appartenant à la Belgique ou concernant son administration.

Art. XIV. Le port d'Anvers, conformément aux stipulations de l'art. XV du traité de Paris du 30. Mai 1814, continuera d'être uniquement un port de commerce.

Art. XV. Les ouvrages d'utilité publique ou particulière, tels que canaux, routes ou autres de semblable nature, construits, en tout ou en partie, aux frais du royaume des Pays-Bas, appartiendront, avec les avantages et les charges qui y sont attachés, au pays où ils sont situés.

Il reste entendu que les capitaux empruntés pour la construction de ces ouvrages, et qui y sont spécialement affectés, seront compris dans les dites charges, pour autant qu'ils ne sont pas encore remboursés, et sans que les remboursements déjà effectués puissent donner lieu à liquidation.

Art. XVI. Les séquestres qui auraient été mis en Belgique, pendant les troubles, pour cause politique, sur des biens et domaines patrimoniaux quelconques, seront levés sans nul retard, et la jouissance des biens et domaines susdits sera immédiatement rendue aux légitimes propriétaires.

Art. XVII. Dans les deux pays dont la séparation a lieu en conséquence du présent traité, les habitants et propriétaires, s'ils veulent transférer leur domicile d'un pays à l'autre, auront la liberté de disposer pendant deux ans de leurs propriétés, meubles ou immeubles, de quelque nature qu'elles soient, de les vendre, et d'emporter le produit de ces ventes, soit en numéraire, soit en autres valeurs, sans empêchement ou acquittement de droits, autres que ceux qui sont aujourd'hui en vigueur dans les deux pays pour les mutations et transferts.

Il est entendu que renonciation est faite, pour le présent et pour l'avenir, à la perception de tout droit d'aubaine et de détraction sur les personnes et sur les biens des Belges en Hollande et des Hollandais en Belgique.

Art. XVIII. La qualité de sujet mixte, quant à la propriété, sera reconnue et maintenue.

Art. XIX. Les dispositions des art. XI jusqu'à XXI inclusivement, du traité conclu entre l'Autriche et la Russie, le 3. Mai 1815, qui fait partie intégrante de l'acte général du congrès de Vienne, dispositions relatives aux propriétaires mixtes, à l'élection de domicile qu'ils sont tenus de faire, aux droits qu'ils exerceront comme sujets de l'un ou de l'autre Etat, et aux rapports de voisinage dans les propriétés coupées par les frontières, seront appliquées aux propriétaires ainsi qu'aux propriétés qui, en Belgique, en Hollande ou dans le grand-duché de Luxembourg, se trouveront dans les cas prévus par les susdites dispositions des actes du congrès de Vienne.

Il est entendu que les productions minérales sont comprises dans les productions du sol mentionnées dans l'art. XX du traité du 3. Mai 1815 susallégué. Les droits d'aubaine et de détraction étant abolis dès à présent entre la Belgique, la Hollande et le grand-duché de Luxembourg, il est en-

tendu que, parmi les dispositions ci-dessus mentionnées, celles qui se rapporteraient aux droits d'aubaine et de détraction seront censées nulles et sans effet dans les trois pays.

Art. XX. Personne, dans les pays qui changent de domination, ne pourra être recherché ni inquiété en aucune manière, pour cause quelconque de participation directe ou indirecte aux évènemens politiques.

Art. XXI. Les pensions et traitemens d'attente, de non-activité et de réforme, seront acquittés à l'avenir, de part et d'autre, à tous les titulaires, tant civils que militaires, qui y ont droit, conformément aux lois en vigueur avant le 1. Novembre 1830.

Il est convenu que les pensions et traitemens susdits des titulaires nés sur les territoires qui constituent aujourd'hui la Belgique, resteront à la charge du trésor belge, et les pensions et traitemens des titulaires nés sur les territoires qui constituent aujourd'hui le royaume des Pays-Bas, à celle du trésor néerlandais.

Art. XXII. Toutes les réclamations des sujets Belges sur des établissements particuliers, tels que fonds de veuves, et fonds connus sous la dénomination de fonds des *leges*, et de la caisse des retraites civiles et militaires, seront examinées par la commission mixte dont il est question dans l'art. XIII, et résolues d'après la teneur des règlements qui régissent ces fonds ou caisses.

Les cautionnements fournis, ainsi que les versements faits par les comptables belges, les dépôts judiciaires et les consignations, seront également restitués aux titulaires sur la présentation de leurs titres.

Si, du chef des liquidations dites *françaises*, des sujets belges avaient encore à faire valoir des droits d'inscription, ces réclamations seront également examinées et liquidées par la dite commission.

Art. XXIII. Seront maintenus dans leur force et vigueur, les jugemens rendus en matière civile et commerciale, les actes de l'état civil, et les actes passés devant notaire ou autre officier public sous l'administration belge, dans les parties du Limbourg et du grand-duché de Luxembourg, dont Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, va être remis en possession.

Art. XXIV. Aussitôt après l'échange des ratifications du présent traité, les ordres nécessaires seront envoyés aux commandants des troupes respectives pour l'évacuation des territoires, villes, places et lieux qui changent de domination.

Les autorités civiles y recevront aussi en même temps les ordres nécessaires pour la remise de ces territoires, villes, places et lieux aux commissaires qui seront désignés à cet effet de part et d'autre.

Cette évacuation et cette remise s'effectueront de manière à pouvoir être terminées dans l'espace de quinze jours, ou plutôt, si faire se peut.

Art. XXV. A la suite des stipulations du présent traité, il y aura paix et amitié entre Sa Majesté le Roi des Belges, d'une part, et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, de l'autre part, leurs héritiers et successeurs, leurs Etats et sujets respectifs.

Art. XXVI. Le présent traité sera ratifié et les ratifications seront échangées à Londres dans le délai de six semaines, ou plutôt, si faire se peut. Cet échange aura lieu en même temps que celui des ratifications du traité conclu en ce jour entre Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, et leurs Majestés l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, le Roi des Français, la Reine du royaume-uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, le Roi de Prusse et l'Empereur de toutes les Russies.

En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs ont signé le présent traité, et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Londres, le dix-neuf Avril de l'an de grâce mil huit cent trente-neuf.

(L. S.) *Sylvain van de Weyer*
(L. S.) *Dedel.*

V.

Oeffentliches Protocoll

der VII. Sitzung der deutschen Bundesversammlung.

Geschehen Frankfurt den 11. Mai 1839.

In Gegenwart

Von Seiten Oestreichs: des Kaiserlich-Königlichen wirklichen Geheimen Raths, Herrn Grafen von Münch-Bellinghausen;

Von Seiten Preussens: des Königlichen Generals der Infanterie, Herrn von Schöler;

Von Seiten Bayerns: des Königlichen Staatsraths, Herrn von Mieg;

Von Seiten Sachsens: des Königlichen Herrn Conferenzministers und wirklichen Geheimen Raths, Freiherrn von Manteuffel;

Von Seiten Hannovers: des Königlichen Herrn Geheimen Cabinetsraths, Freiherrn von Stralenheim;

Von Seiten Würtembergs: des Königlichen Herrn Staatsraths, Freiherrn von Trott;

Von Seiten Badens: des Grossherzoglichen Geheimen Raths, Herrn von Dusch;

Von Seiten Kurhessens: des Kurfürstlichen Geheimen Raths, Herrn von Riess;

Von Seiten des Grossherzogthums Hessen: des Grossherzoglichen Herrn wirklichen Geheimen Raths, Freiherrn von Gruben;

Von Seiten Dänemarks, wegen Holstein und Lauenburg: des Königlich-Dänischen Herrn Kämmerers, Freiherrn von Pechlin;

Von Seiten der Niederlande, wegen des Grossherzogthums Luxemburg: des Königlich-Niederländischen Generallieutenants, Herrn Grafen von Grunne;

Von Seiten der Grossherzoglich- und Herzoglich-Sächsischen Häuser: des Grossherzoglich- und Herzoglich-Sächsischen wirklichen Geheimen Raths, Herrn Grafen von Beust;

Von Seiten Braunschweigs und Nassaus: des Herzoglich-Nassauischen Geheimen Raths, Herrn von Röntgen;

Von Seiten Mecklenburg-Schwerins und Mecklenburg-Strelitz: des Grossherzoglich-Mecklenburg-Schwerinschen wirklichen Geheimen Raths, Herrn von Schack;

Von Seiten Oldenburgs, Anhalts und Schwarzburgs: des von dem Bundestagsgesandten der 15. Stimme, Herrn von Both, substituirten Grossherzoglich- und Herzoglich-Sächsischen Bundestagsgesandten, Herrn Grafen von Beust;

Von Seiten der freien Städte Lübeck, Frankfurt, Bremen und Hamburg: des Hamburgischen Bundestagsgesandten, Herrn Syndicus Sieveking;

und meiner, des Kaiserlich-Oestreichischen Legationsraths und Bundescanzlei-Directors, Ritters von Weissenberg.

In Abwesenheit eines Gesandten von Hohenzollern, Liechtenstein, Reuss, Schaumburg-Lippe, Lippe und Waldeck.

Die Territorialverhältnisse des Grossherzogthums Luxemburg und die diessfalls zu London am 19. April 1839 unterzeichneten Verträge betreffend.

Der Kaiserl.-Königl. Oestreichische Präsidirende Gesandte, Herr Graf von Münch-Bellinghausen, zeigt an, dass der Königlich-Niederländische, Grossherzoglich-Luxemburgische Herr Gesandte, dessgleichen die Gesandtschaften von Oestreich und Preussen in Betreff der Territorialverhältnisse des Grossherzogthums Luxemburg und der diessfalls zu London unterzeichneten Verträge Erklärungen abzugeben hätten.

Niederlande wegen des Grossherzogthums Luxemburg. Der Gesandte hat, in Gemässheit des dazu erhaltenen Befehls, die Ehre, hoher Bundesversammlung eine Abschrift des am 19. April dieses Jahrs zu London durch den Bevollmächtigten des Königs Grossherzogs einer und durch den Belgischen Bevollmächtigten anderer Seits unterzeichneten Tractats vorzulegen und dabei zugleich Namens Seiner Majestät den Wunsch auszudrücken: es möge nunmehr die hohe Versammlung zur Ratification der Accessionsacte schreiten, welche gleichfalls am oberwähnten 19. April zu London durch die

beiden Bevollmächtigten des Bundes zugleich mit dem Niederländischen und jenen der fünf Mächte Frankreich, Grossbritannien, Oestreich, Preussen und Russland, wie auch von dem Belgischen Bevollmächtigten, unterzeichnet worden ist.

Oestreich und Preussen. Die Gesandten von Oestreich und Preussen sind von ihren allerhöchsten Höfen beauftragt, der hohen Bundesversammlung die zu London am 19. April ausgefertigte Urkunde zu übergeben, durch welche einer Seits die Bevollmächtigten dieser Höfe bei der Londoner Conferenz in ihrer Eigenschaft als Bevollmächtigte für den Durchlauchtigsten deutschen Bund erklärt haben, dass derselbe denjenigen Artikeln der Separationsacte vom 15. October 1831, welche die Territorialverhältnisse des Königreichs Belgien und die immerwährende Neutralität dieses Staates betreffen, so weit durch dieselben des Bundes Rechte und Interessen berührt sind, seine Zustimmung gebe; und durch welche anderer Seits die Bevollmächtigten von Oestreich, Belgien, Frankreich, Grossbritannien, den Niederlanden, Preussen und Russland diese Zustimmung des Bundes, Namens der gedachten sieben Höfe, welche Contrahenten der am obigen Tage abgeschlossenen Tractate sind, zu acceptiren erklärt haben.

Zugleich haben die Gesandten von Oestreich und Preussen die Ehre, der hohen Bundesversammlung im Auftrage ihrer Höfe vidimirte Abschriften dieser Tractate, nämlich des am 19. April zwischen Oestreich, Frankreich, Grossbritannien, Preussen und Russland einer und den Niederlanden anderer Seits, dann des zwischen den gedachten fünf Mächten einer und Belgien anderer Seits unterzeichneten Tractats, mit dem Beisatze zu übergeben, dass die diesen beiden Verträgen als Beilage angeschlossenen 24 Artikel unter demselben Datum zwischen den Bevollmächtigten der Niederlande und Belgiens ebenmässig in Vertragsform unterzeichnet worden sind.

Die Gesandten haben übrigens den Auftrag, der hohen Bundesversammlung die Fassung eines Beschlusses anheimzustellen, durch welchen die von den Bevollmächtigten ihrer allerhöchsten Höfe Namens des Durchlauchtigsten Bundes ausgesprochene Zustimmung zu den betreffenden Artikeln des Londoner Vertrags genehmigt und die Ausfertigung geeigneter Ratificationen zum Behufe der in London zu bewerkstelligenden Auswechselung veranlasst werde.

Da zu letzterer der Termin von sechs Wochen, vom 19. April an gerechnet, sonach der 31. Mai bestimmt ist, so sind die Gesandten noch zu bevorworten beauftragt, dass die diessfälligen Entschliessungen der hohen Bundesversammlung ohne Verzug nach London befördert werden möchten.

Nachdem hierauf die Herren Gesandten von Oestreich und Preussen noch weiter den Dank dieser Höfe für das ehrenvolle Vertrauen, welches ihnen der Bund durch Ertheilung des Commissoriums in Betreff der zu London statt gefundenen Verhandlungen erwiesen, ausgedrückt und über die Vollziehung dieses Commissoriums nähere Rechenschaft abgelegt hatten,

trug das Präsidium darauf an, auf den Grund der vorhin vernommenen Erklärung Sr. Majestät des Königs der Niederlande, Grossherzogs von Luxemburg, und der von Oestreich und Preussen vorgelegten Actenstücke nunmehr den Beschluss zu ziehen, welcher in nachstehender Weise zu fassen sein dürfte:

1) Der deutsche Bund, nachdem derselbe von der Urkunde Einsicht genommen hat, welche, kraft der von ihm ertheilten Vollmacht und in seinem Namen, von den Bevollmächtigten Oestreichs und Preussens am 19. April l. J. mitunterzeichnet worden ist, und welche wörtlich also lautet:

„Les plénipotentiaires des cours d'Autriche, de Belgique, de France, de la Grande-Bretagne, des Pays-Bas, de Prusse et de Russie ayant signé aujourd'hui les traités conclus entre les cinq cours et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-duc de Luxembourg, entre leurs Majestés le Roi des Belges et le Roi des Pays-Bas, Grand-duc de Luxembourg, et entre les cinq cours et Sa Majesté le Roi des Belges, les Plénipotentiaires ont jugé à propos que les plénipotentiaires d'Autriche et de Prusse, munis des pleins-pouvoirs de la Diète de la Confédération germanique, fussent invités à accéder au nom de la dite Confédération aux dispositions concernant le grand-duché de Luxembourg contenues dans les traités susdits.

„En conséquence, les plénipotentiaires d'Autriche et de Prusse, représentant la Diète, en vertu des susdits pleins-pouvoirs, déclarent que la Confédération germanique accède formellement aux arrangemens territoriaux concernant le grand-duché de Luxembourg, contenus dans les articles I, II, III, IV, V, VI et VII de l'annexe des traités conclus en ce jour entre les cinq cours et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-duc de Luxembourg, et entre les cinq cours et Sa Majesté le Roi des Belges, ainsi que dans les articles correspondans du traité signé en même temps entre Sa Majesté le Roi des Belges et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-duc de Luxembourg; et ils prennent envers les cours d'Autriche, de Belgique, de France, de la Grande-Bretagne, des Pays-Bas, de Prusse et de Russie, au nom de la Confédération germanigue, l'engagement que celle-ci se conformera en tout aux stipulations renfermées dans les dits articles, dont la teneur suit mot à mot, en tant qu'elles peuvent concerner la Confédération germanique.

„Art. I. Le territoire belge se composera des provinces de

Brabant méridional,
Liége,
Namur,
Hainault,
Flandre occidentale,
Flandre orientale,
Anvers et
Limbourg,

telles qu'elles ont fait partie du royaume des Pays-Bas, constitué en 1815, à l'exception des districts de la province de Limbourg désignés dans l'art. IV.

„Le territoire belge comprendra, en outre, la partie du Grand-duché de Luxembourg indiquée dans l'art. II.

„Art. II. Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-duc de Luxembourg, consent à ce que dans le Grand-duché de Luxembourg les limites du territoire belge soient telles qu'elles vont être décrites ci-dessous.

„A partir de la frontière de France entre *Rodange*, qui restera au Grand-duché de Luxembourg, et *Athus*, qui appartiendra à la Belgique, il sera tiré, d'après la carte ci-jointe, une ligne qui, laissant à la Belgique la route *d'Arlon à Longwy*, la ville *d'Arlon* avec sa banlieue, et la route *d'Arlon à Bastogne*, passera entre *Messancy*, qui sera sur le territoire belge et *Clémency*, qui restera au Grand-duché de Luxembourg, pour aboutir à *Steinfort*, lequel endroit restera également au Grand-duché. De Steinfort cette ligne sera prolongée dans la direction *d'Eischen*, de *Hecbus*, *Guirsch*, *Oberpalen*, *Grende*, *Nothomb*, *Parette* et *Perlé*, jusqu'à *Martelange: Hecbus*, *Guirsch*, *Grende*, *Nothomb* et *Parette*, devant appartenir à la Belgique; et *Eischen*, *Oberpalen*, *Perlé* et *Martelange* au Grand-duché. De *Martelange*, la dite ligne descendra le cours de la *Sûre*, dont le *Thalweg* servira de limite entre les deux Etats, jusque vis-à-vis *Tintange*, d'où elle sera prolongée, aussi directement que possible, vers la frontière actuelle de l'arrondissement de *Diekirch*, et passera entre *Surret*, *Harlange*, *Tarchamps*, qu'elle laissera au Grand-duché de Luxembourg, et *Honville*, *Livarchamps* et *Loutremange*, qui feront partie du territoire belge; atteignant ensuite aux environs de *Doncols* et de *Soulez*, qui resteront au Grand-duché, la frontière actuelle de l'arrondissement de *Diekirch*, la ligne en question suivra la dite frontière jusqu'à celle du territoire prussien. Tous les territoires, villes, places et lieux situés à l'ouest de cette ligne appartiendront à la Belgique, et tous les territoires, villes, places et lieux situés à l'est de cette même ligne continueront d'appartenir au Grand-duché de Luxembourg.

„Il est entendu qu'en traçant cette ligne, et en se conformant autant que possible, à la description qui en a été faite ci-dessus, ainsi qu'aux indications de la carte jointe, pour plus de clarté, au présent article, les commissaires-démarcateurs dont il est fait mention dans l'art. VI auront égard aux localités, ainsi qu'aux convenances qui pourront en résulter mutuellement.

„Art. III. Pour les cessions faites dans l'article précédent, il sera assigné à S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-duc de Luxembourg, une indemnité territoriale dans la province de Limbourg.

„Art. IV. En exécution de la partie de l'article I, relative à la province de Limbourg, et par suite des cessions que Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, fait dans l'article II, Sa dite Majesté possédera, soit en sa qualité de Grand-duc de Luxembourg, soit pour être réunis à la Hollande, les territoires dont les limites sont indiquées ci-dessous:

„1. *Sur la rive droite de la Meuse:* aux anciennes enclaves hollandaises sur la dite rive dans la province de Limbourg, seront jointes les districts de cette même province sur cette même rive, qui n'appartenaient pas aux Etats-Généraux en 1790, de façon que la partie de la province actuelle de Limbourg, située sur la rive droite de la Meuse, et comprise entre ce fleuve à l'ouest, la frontière du territoire prussien à l'est, la frontière actuelle de la province de Liége au midi, et la Gueldre hollandaise au nord, appartiendra désormais tout entière à S. M. le Roi des Pays-Bas, soit en sa qualité de Grand-duc de Luxembourg, soit pour être réunie à la Hollande;

„2. *Sur la rive gauche de la Meuse:* à partir du point le plus méridional de la province hollandaise du Brabant septentrional, il sera tiré, d'après la carte ci-jointe, une ligne qui aboutira à la Meuse au-dessous de *Wessem*, entre cet endroit et *Stevenswaardt*, au point où se touchent, sur la rive gauche de la Meuse, les frontières des arrondissements actuels de Ruremonde et de Maestricht, de manière que Bergerot, Stamproy, Neer Itteren, Ittervoordt et Thorn, avec leurs banlieues, ainsi que tous les autres endroits situés au nord de cette ligne, feront partie du territoire hollandais.

„Les anciennes enclaves hollandaises dans la province de Limbourg, sur la rive gauche de la Meuse, appartiendront à la Belgique, à l'exception de la ville de Maestricht, laquelle, avec un rayon de territoire de 1200 toises, à partir du glacis extérieur de la place sur la dite rive de ce fleuve, continuera d'être possédée en toute souveraineté et propriété par Sa Majesté le Roi des Pays-Bas.

„Art. V. S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, s'entendra avec la Confédération Germanique et les agnats de la Maison de Nassau, sur l'application des stipulations renfermées dans les art. III et IV, ainsi que sur tous les arrangements que les dits articles pourraient rendre nécessaires, soit avec les agnats ci-dessus nommés de la Maison de Nassau, soit avec la Confédération germanique.

„Art. VI. Moyennant les arrangemens territoriaux arrêtés ci-dessus, chacune des deux parties renonce réciproquement pour jamais à toute prétention sur les territoires, villes, places et lieux situés dans les limites des possessions de l'autre partie, telles qu'elles se trouvent décrites dans les art. I, II et IV.

„Les dites limites seront tracées, conformément à ces mêmes articles, par des commissaires-démarcateurs belges et hollandais, qui se réuniront le plutôt possible en la ville de Maestricht.

„Art. VII. La Belgique, dans les limites indiquées aux articles I, II et IV, formera un Etat indépendant et perpétuellement neutre. Elle sera tenue d'observer cette même neutralité envers tous les autres états.

„Les plénipotentiaires d'Autriche, de Belgique, de France, de la Grande-Bretagne, des Pays-Bas, de Prusse et de Russie, en vertu de leurs pleins-pouvoirs, acceptent formellement au nom de leurs cours respectifs la dite accession de la part de la Confédération germanique.

„Le présent acte d'accession sera ratifié par la Confédération germanique, moyennant un arrêté de la Diète, dont l'expédition sera faite au nombre des copies nécessaires; ainsi que par les cours d'Autriche, de Belgique, de France, de la Grande-Bretagne, des Pays-Bas, de Prusse et de Russie; et les actes de ratification respectifs seront échangés à Londres dans l'espace de six semaines, à dater de ce jour, ou plus-tôt si faire se peut, et en même temps que se fera l'échange des ratifications des trois traités susdits.

En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs ont signé le présent acte d'accession, et y ont apposé le cachet de leurs armes.

„Fait à Londres, le dix-neuf Avril, l'an de grâce mil huit cent trente-neuf.

(L. S.) *Senfft.* (L. S.) *Bülow.* (L. S.) *Senfft.*
(L. S.) *Sylvain van de Weyer.* (L. S.) *H. Sebastiani.*
(L. S.) *Palmerston.* (L. S.) *Dedel.* (L. S.) *Bülow.*
(L. S.) *Pozzo di Borgo.*"

ertheilt dieser Beitrittsurkunde hiermit die Genehmigung und Ratification.

2) Die Ratificationsurkunden des Bundes sind hiernach in der erforderlichen Zahl auszufertigen und zu vollziehen, und wird die Kaiserlich-Königlich-Oestreichische Präsidialgesandtschaft ersucht, dieselben zu dem Ende nach London zu befördern, damit solche in dem tractatmässig festgesetzten Termin gegen die Ratificationsurkunden von Oestreich, Belgien, Frankreich, Grossbritannien, den Niederlanden, Preussen und Russland ausgewechselt werden.

3) Die Urschrift der Beitrittsurkunde, dessgleichen die der Bundesversammlung vorgelegten vidimirten Abschriften der zu London unterzeichneten Verträge sind in das Bundesarchiv zu hinterlegen.

4) Die Königlich-Niederländische, Grossherzoglich-Luxemburgische Gesandtschaft wird in Erwiderung auf ihre heutige Mittheilung ersucht, den gegenwärtigen Beschluss sub Num. 1 mit dem Beifügen zur Kenntniss Sr. Majestät des Königs Grossherzogs zu bringen, dass die Bundesversammlung erwarte, Seine Majestät werde nunmehr in Verfolg des Bundesbeschlusses vom 15. Juni 1838 die wegen Ermittlung und Feststellung der dem Bundesgebiete als Ersatz für den abgetretenen Theil des Grossherzogthums Luxemburg zuzuschlagenden Gebiete noch rückstehende Eröffnung, mit Rücksicht auf die unbeeinträchtigt verbleibenden Rechte der Agnaten des Hauses Nassau, an die Bundesversammlung gelangen lassen.

Bei der hierauf gehaltenen

Umfrage

erfolgten nachstehende Abstimmungen.

Oestreich und

Preussen treten dem vom Präsidio proponirten Beschlusse bei.

Bayern. Der Gesandte hat — unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die diesseitigen früheren Abstimmungen in der Luxemburger Territorialangelegenheit und in der von Sr. Majestät dem Könige bei jeder bisherigen Veranlassung festgehaltenen Voraussetzung: dass die agnatischen Rechte des Gesammthauses Nassau gewahrt und dem Bunde alle jene Gebietstheile von Limburg einverleibt werden, deren Einverleibung demselben die zur verbindenden Bedingung gemachte Territorialentschädigung für den abzutretenden Theil von Luxemburg gewährt, als worauf sich in dem an Se. Majestät den König der Niederlande zu richtenden Ansinnen zu berufen sein wird — den Präsidialanträgen beizustimmen. Mit dieser Erklärung hat der Gesandte im Sinne seiner Instructionen das dankbare Anerkenntniss des beharrlichen Nachdrucks zu verbinden, mit welchem die beiden allerhöchsten Höfe von Oestreich und Preussen die ihrer Vertretung vertrauensvoll empfohlenen Interessen des deutschen Bundes in dieser schwierigen Unterhandlung gewahrt und die vorliegenden Erfolge erzielt haben.

Sämmtliche übrigen Gesandtschaften erklärten ebenfalls ihre Zustimmung zu dem vom Präsidio proponirten Beschlusse und vereinigten sich mit der Königlich-Bayerischen Gesandtschaft in dem Ausdruck dankbarer Anerkennung der von den Höfen von Oestreich und Preussen der Wahrung der Rechte und Interessen des Bundes gewidmeten beharrlichen Bemühungen.

Für Nassau wurde hierbei von dem die dreizehnte Stimme führenden Herrn Gesandten nachstehende Erklärung abgegeben:

Bei den Verhandlungen, welche im Jahre 1834 zu Wiesbaden in Anwesenheit eines Kaiserlich-Königlich-Oestreichischen und eines Königlich-Preussischen Bevollmächtigten wegen der agnatischen Verhältnisse des Grossherzogthums Luxemburg gepflogen worden sind, haben Seine Durchlaucht der Herzog sich verpflichtet gehalten, für den deutschen Bund das Recht auf Territorialersatz conserviren zu lassen und als Agnat in die Abtretung nicht anders einwilligen wollen, als dass dem deutschen Bunde Territorialentschädigung zu Theil werde.

Von Königlich-Niederländischer Seite wurde in den damaligen Verhandlungen jede Aeusserung über Territorialersatz für den Bund abgelehnt, und laut Protocolls vom 22. Juli 1834 haben die Bevollmächtigten darin das alleinige, dem wirklichen Abschlusse eines Vertrags wegen der agnatischen Verhältnisse, über dessen einzelne Bestimmungen sie sonst überall einig waren, entgegenstehende Hinderniss gefunden.

Seine Durchlaucht der Herzog ersehen jetzt zwar mit grosser Befriedigung, dass dem Bunde Territorialentschädigung zugesichert ist. Auf der andern Seite aber können Sie nicht unbemerkt lassen, dass seit dem 22. Juli 1834 irgend eine Erklärung von Seiner Majestät dem Könige der Niederlande nicht an Sie gelangt ist, und dass Sie sich daher ganz in Ungewissheit darüber befinden, ob der damals mit beiderseitiger Uebereinstimmung verab-

redete Vertrag wegen der agnatischen Rechte nunmehr vollzogen, oder was an seine Stelle gesetzt werden solle. Seine Durchlaucht sähen sich daher eigentlich in die Nothwendigkeit versetzt, sich auf ihre Erklärung in der Bundestagssitzung vom 17. Januar 1834 zu beziehen und ihre Einwilligung zur Abtretung des Wallonischen Theils von Luxemburg an Belgien, als Civilmitbesitzer von Luxemburg und als Bundesglied, noch zur Zeit nicht zu ertheilen. Höchstdieselben wollen aber, in dem Vertrauen auf die bewährten verwandtschaftlichen Gesinnungen Seiner Majestät des Königs der Niederlande und in der zuversichtlichen Erwartung, dass Allerhöchstdieselben die agnatischen Verhältnisse nunmehr alsbald auf befriedigende Weise zu ordnen bereit sein werden, der Ratification des Vertrags von Seiten des deutschen Bundes kein Hinderniss in den Weg stellen.

Präsidium erklärte hierauf, dass, da der Punkt 4 des proponirten Beschlusses ohnehin die Wahrung der agnatischen Rechte beziele, bei einhelliger Genehmigung des Beschlussentwurfs diesfalls eine weitere Verwahrung nicht erforderlich und nur noch in dem definitiv zu fassenden Beschlusse auf den so eben vernommenen Vorbehalt der Herzoglich-Nassauischen Gesandtschaft Bezug zu nehmen sein werde.

Die Bundesversammlung war mit dieser Präsidialerklärung einhellig einverstanden.

In Gemässheit der erfolgten Abstimmung wurde demnach

beschlossen:

1) Der deutsche Bund, nachdem derselbe von der Urkunde Einsicht genommen hat, welche, kraft der von ihm ertheilten Vollmacht und in seinem Namen, von den Bevollmächtigten Oestreichs und Preussens zu London am 19. April l. J. mitunterzeichnet worden ist, und welche wörtlich also lautet:

(Es folgt hier der französische Text der von den Bevollmächtigten Oestreichs und Preussens zu London am 19. April 1839 unterzeichneten Accessions-Acte.)

ertheilt dieser Beitrittsurkunde hiermit die Genehmigung und Ratification.

2) Die Ratificationsurkunden des Bundes sind hiernach in der erforderlichen Zahl auszufertigen und zu vollziehen, und wird die K. K. Oestreichische Präsidialgesandtschaft ersucht, dieselben zu dem Ende nach London zu befördern, damit solche in dem tractatmässig festgesetzten Termin gegen die Ratificationsurkunden von Oestreich, Belgien, Frankreich, Grossbritannien, den Niederlanden, Preussen und Russland ausgewechselt werden.

3) Die Urschrift der Beitrittsurkunde, dessgleichen die der Bundesversammlung vorgelegten vidimirten Abschriften der zu London unterzeichneten Verträge sind in das Bundesarchiv zu hinterlegen.

4) Die Königlich-Niederländische, Grossherzoglich-Luxemburgische Gesandtschaft wird, in Erwiderung auf ihre heutige Mittheilung und mit Rücksicht auf den von der Herzoglich-Nassauischen Gesandtschaft in Betreff der

agnatischen Verhältnisse zu Protocoll erklärten Vorbehalt, ersucht, die gegenwärtige Verhandlung mit dem Beifügen zur Kenntniss Seiner Majestät des Königs Grossherzogs zu bringen, dass die Bundesversammlung erwarte, Se. Majestät werde nunmehr in Verfolg des Bundesbeschlusses vom 15. Juni 1838 die wegen Ermittlung und Feststellung der dem Bundesgebiete als Ersatz für den abgetretenen Theil des Grossherzogthums Luxemburg zuzuschlagenden Gebiete noch rückstehende Eröffnung, mit Beachtung der unbeeinträchtigt verbleibenden Rechte der Agnaten des Hauses Nassau, an die Bundesversammlung gelangen lassen.

5) Den Höfen von Oestreich und Preussen wird für ihre den Rechten und Interessen des Bundes bei den statt gefundenen Verhandlungen gewidmeten beharrlichen Bemühungen der Dank des Bundes ausgedrückt.

Die der Bundesversammlung heute vorgelegten Abschriften der zu London unterzeichneten Verträge sind diesem Protocolle in Abdrücken sub Num. 1, 2 und 3 angefügt.

Münch-Bellinghausen. Schöler. Mieg. Manteuffel. Stralenheim. Trott. Dusch. Riess. Gruben. Pechlin. Grunne. Beust. Röntgen. Schack. Sieveking.

VI.

Ouverture

du Ministre plénipotentiaire du Roi des Pays-Bas, Grand-duc de Luxembourg, adressée à la Diète germanique le 16. Août 1839, relativement à l'incorporation d'une partie du duché de Limbourg au territoire de la Confédération germanique.

Sechszehnte Sitzung des deutschen Bundestags am 16. Aug. 1839 zu Frankfurt a. M.

Niederlande wegen des Grossherzogthums Luxemburg.

In der 12. Sitzung am 27. Juni d. J. hat der K. Niederländische, Grossherzogl. Luxemburgische Gesandte die Ehre gehabt, diese hohe Versammlung davon in Kenntniss zu setzen, dass Se. Maj. der König Grossherzog zu der in Folge des Londoner Vertrags vom 19. April d. J. nöthig gewordenen neuen Regulirung der agnatischen Verhältnisse Unterhandlungen mit dem Herzoglich Nassauischen Hofe hätten eröffnen lassen. Es gereicht Sr. Maj. zum Vergnügen, dieser Mittheilung schon jetzt die Anzeige folgen lassen zu können, dass die erwähnten Unterhandlungen mit einem glücklichen Erfolge gekrönt worden,

und eine vollständige Verständigung über die agnatischen Verhältnisse und Ansprüche, in Beziehung auf die Abtretung eines Theils des Grossherzogthums Luxemburg und die den Agnaten des Hauses Nassau dafür zu leistende Entschädigung, zwischen den beiden Linien des gedachten hohen Hauses stattgefunden hat, wie solches von Seite des Herzoglich Nassauischen Herrn Gesandten ohne Zweifel bestätigt werden wird. In Folge dieser Verständigung finden Se. Maj. der König Grossherzog sich nunmehr im Stande, dem deutschen Bund folgende Eröffnung machen zu lassen: Wenn Se. Maj. unterm 15. Juni v. J. dieser hohen Versammlung erklären liessen, dass Allerhöchstdieselben geneigt seien, den 4. Artikel des nunmehr ratificirten Londoner Vertrags vom 19. April d. J. im Sinne einer Territorialentschädigung für den deutschen Bund anzunehmen, so waren damit noch keineswegs alle Schwierigkeiten der Frage: wo und innerhalb welcher Gränzen das zur Entschädigung des deutschen Bundes bestimmte Territorium zu finden sei? beseitigt. Im Gegentheil stellten sich dieselben bei jedem Versuche einer nähern Erörterung dieser Frage nur noch mehr heraus, indem einerseits die auf den Bestimmungen des obenerwähnten Artikels beruhenden Ansprüche des deutschen Bundes von Sr. Maj. zwar anerkannt, andererseits aber auch die Rechte des Königreichs der Niederlande auf alt-niederländische Beziehungen, welche von den übrigen geographisch nicht zu trennen waren, durch die dem Tractate vorangegangenen Londoner Verhandlungen festgestellt worden waren. Hiezu kam die Betrachtung, dass eine abermalige Scheidung der unter die Herrschaft Sr. Majestät des Königs Grossherzogs zurückkehrenden limburgischen Gebietstheile, so wie deren gänzliche Trennung von dem Königreich der Niederlande auf die moralischen und materiellen Interessen derselben von wesentlich nachtheiligem Einfluss sein würde. Von dieser Ueberzeugung geleitet, haben Se. Maj., zunächst in Folge der mit dem Herzoglich Nassauischen Hause abgeschlossenen Uebereinkunft, festgesetzt, dass die obenerwähnten, grossentheils schon altniederländischen, nach dem 4. Artikel des Londoner Vertrags unter Allerhöchstihre Regierung zurückkehrenden Gebietstheile für ewige Zeiten nach der für die niederländische Krone bestehenden Successionsordnung vererbt werden sollen. Allerhöchstdieselben haben ferner beschlossen, dass jene Gebietstheile ungetrennt bleiben und als Herzogthum Limburg wieder hergestellt werden sollen, wogegen das Königreich der Niederlande im Besitz der beiden Städte und Festungen Maestricht und Venlo mit ihren Rayons verbleiben wird. Se. Maj. beabsichtigen, an die Stelle des durch den 2. Artikel des Londoner Vertrags abgetretenen Theils des Grossherzogthums Luxemburg, mit dem ganzen Herzogthum Limburg, so wie es jetzt von Allerhöchstihnen gebildet worden, dem deutschen Bunde beizutreten, und wenn auch Allerhöchstdieselben bei dieser Erklärung sich vorbehalten müssen, nach Maasgabe der obenangedeuteten Verhältnisse das Herzogthum Limburg unter dieselbe Verfassung und Verwaltung mit dem Königreich der Niederlande zu stellen, so verbinden Se. Majestät doch damit die Zusicherung, dass dieser Umstand die Anwendung der deutschen Bundesverfassung auf das erwähnte Herzogthum in keiner Weise

hindern soll. Da zufolge der angestellten Berechnungen die Bevölkerung des abgetretenen Theils des Grossherzogthums Luxemburg 149,572 Seelen beträgt, während diejenige des Herzogthums Limburg sich auf 147,527 Seelen beläuft, kann dieser geringe Unterschied ohne allen Einfluss auf den bisher für das Grossherzogthum Luxemburg bestandenen Matricularansatz bleiben. Gleichwie nun Se. Maj. der König Grossherzog auf diese Weise im Stande sein werden, allen ihren früheren Verpflichtungen als Bundesglied ungeschmälert nachzukommen, und sich auch beeifern werden, nicht nur das Luxemburgische, sondern auch das Limburgische Bundescontingent baldmöglichst bundeskriegsverfassungsmässig herzustellen, so behalten Allerhöchstdieselben dem nunmehrigen Grossherzogthum Luxemburg und Herzogthum Limburg collectiv alle diejenigen Rechte und Vorzüge vor, welche nach der Bundesverfassung und in Folge besonderer Bundesbeschlüsse bislang dem Grossherzogthum Luxemburg allein zustanden. Schliesslich ist der Gesandte zu der Versicherung autorisirt, dass, so wie Se. Maj. sich vertrauensvoll der Hoffnung überlassen, dass die vorstehende Eröffnung von ihren höchsten und hohen Mitverbündeten als ein neuer Beweis ihrer föderativen Gesinnungen entgegengenommen werden wird, Allerhöchstdieselben nicht minder bereit sein werden, auch in ihrer Eigenschaft als König der Niederlande, bei vorkommenden Veranlassungen, dem deutschen Bunde Beweise Allerhöchstihrer Freundschaft und nachbarlichen Zuneigung zu ertheilen.

Beschluss der deutschen Bundesversammlung

vom 5. September 1839 in Betreff der Einverleibung des Herzogthums Limburg in das deutsche Bundesgebiet.

Neunzehnte Sitzung des deutschen Bundestags vom 5. September 1839.

Die Bundesversammlung erkennt mit Befriedigung in der von Seiner Majestät dem König der Niederlande, Grossherzog von Luxemburg, gefassten Entschliessung, an die Stelle des durch den Artikel II. des zu London am 19. April l. J. abgeschlossenen Staatsvertrages an Belgien abgetretenen Gebiets im Grossherzogthum Luxemburg mit dem ganzen, eine Bevölkerung von 147,527 Seelen in sich begreifenden, neu gebildeten Herzogthum Limburg dem deutschen Bunde beizutreten, eine genügende Erfüllung derjenigen Bedingung, unter welcher allein der deutsche Bund, vermöge des in der 13. Sitzung vom Jahr 1836 gefassten Beschlusses, zu der Abtretung eines bisher demselben einverleibten Gebiets seine Einwilligung geben zu wollen erklärt hat. Sowie daher der deutsche Bund von nun an das Herzogthum Limburg als zum Bundesgebiete gehörig betrachten wird, so bleiben auch dem nunmehrigen Grossherzogthum Luxemburg und Herzogthum Limburg collectiv alle diejenigen Rechte und Vorzüge vorbehalten, welche bisher mit dem Grossherzogthum Luxemburg allein verbunden waren. Belangend das matrikularmässige Verhältniss für Mannschaftstellung und für Geldleistungen, so ist dasselbe ver-

fassungsmässig durch die von den Bundesgliedern angegebene Volkszahl bedingt, und es wird daher nach dem von Seiner Majestät dem König Grossherzog in der Erklärung vom 16. August l. J. angegebenen Zahlenverhältniss die Bundesmatrikel berichtigt werden. Die Bundesversammlung findet übrigens in der Erklärung Sr. Maj., dass, unbeschadet der mit dem Königreich der Niederlande gleichen Verfassung und Verwaltung des Herzogthums Limburg, die Anwendung der Bundesgesetze auf das Herzogthum Limburg in keiner Weise beeinträchtigt werden solle, die sicherste Bürgschaft dafür, dass die Weisheit Sr. königl. Majestät Massregeln treffen werde, welche geeignet sind, den Unzukömmlichkeiten vorzubeugen, die sonst möglicherweise aus diesen Verhältnissen entstehen könnten. Die bei diesem für ganz Deutschland wichtigen Anlasse auch in der Eigenschaft als König der Niederlande dem deutschen Bunde kundgegebenen wohlwollenden Gesinnungen von Freundschaft und nachbarlicher Zuneigung zu jeder Zeit zu erwidern, wird der Bund sich stets so bereit als verpflichtet finden.